

# Mobilien #Digital Barometer 2020/21

Die Stimme der  
Schweizer Bevölkerung

Initiiert und  
durchgeführt durch

A  
PRO  
POS\_

Eine Initiative  
der Stiftung  
Risiko-Dialog



# Inhalt

---

## **1\_Einführung**

Seite 4

---

## **2\_Methodisches Vorgehen**

Seite 6

---

## **3\_Digitalisierung in der Schweiz**

Seite 9

---

## **4\_Digitalisierung partizipativ gestalten**

Seite 14

---

## **5\_Zukunft der Arbeit**

Seite 18

---

## **6\_Meine Daten**

Seite 26

---

## **7\_Politische Meinungsbildung**

Seite 38

---

## **8\_5G**

Seite 46

---

## **9\_E-ID**

Seite 52

---

## **10\_Smart City**

Seite 58

---

## **11\_Fazit**

Seite 64

---

## Impressum

[www.digitalbarometer.ch](http://www.digitalbarometer.ch)  
Initiative APROPOS\_  
[www.apropos.swiss](http://www.apropos.swiss)

## Herausgeberin

Stiftung Risiko-Dialog  
Zweierstrasse 25  
CH-8004 Zürich  
+41 (0)58 255 25 70  
[info@risiko-dialog.ch](mailto:info@risiko-dialog.ch)  
[www.risiko-dialog.ch](http://www.risiko-dialog.ch)

## Autor\_innen

Timothy Rüthi  
Matthias Hohenstein  
Nathalie Stübi  
Anna-Lena König

## Grafik\_Illustrationen

[www.sechstagerwerk.ch](http://www.sechstagerwerk.ch)

November\_2020



STIFTUNG  
**RISIKO\_DIALOG**  
ZUKUNFT GESTALTEN. GEMEINSAM.

In Partnerschaft mit

**die Mobiliar**

**Die Stiftung Risiko-Dialog setzt sich innerhalb der Initiative APROPOS\_ mit der Fragestellung auseinander, wie die digitale Transformation im Spannungsfeld von Chancen und Gefahren mit den Menschen gelingt. Dabei moderiert sie den Dialog zur Digitalisierung, entwickelt und begleitet partizipative, kreative und lebensnahe Lösungsansätze und trägt diese zur Umsetzung in die Gesellschaft.**

**Die Stiftung Risiko-Dialog entwickelt seit ihrer Gründung im Jahre 1989 Lösungen, um technologische Neuerungen, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen sowie Veränderungen in der Umwelt zu verstehen und gemeinsam zu gestalten. Ihr Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit Öffentlichkeit, Wirtschaft, Politik, Behörden sowie weiteren Akteuren die individuelle und gesellschaftliche Risiko-kompetenz zu erhöhen.**

### **Danksagung**

Das Team der Stiftung Risiko-Dialog dankt der Mobiliar Genossenschaft, die im Rahmen ihres Gesellschaftsengagements den Aufbau der Initiative APROPOS\_ und damit den DigitalBarometer unterstützt und ermöglicht hat. Speziell geht unser Dank an Urs Berger, Verwaltungsratspräsident, Markus Hongler, CEO, und Dorothea Strauss, Leiterin Corporate Social Responsibility.

Eine umfassende Analyse wie der DigitalBarometer kann nur in breiter Kooperation entstehen. Wir danken für die Unterstützung bei der Konzeption und Fragebogenentwicklung in der quantitativen Befragung ganz herzlich Dr. Bénédicte Bonnet-Eymard (TA-SWISS), PD Dr. Markus Christen (DSI, Universität Zürich), Dr. Céline Colombo (Kanton Zürich), Dr. Gregor Dürrenberger (Forschungstiftung Strom und Mobilkommunikation), Dr. Elisabeth Ehrensperger (TA-SWISS), Hannes Gassert (Open Data), André Golliez (Swiss Data Alliance), Elisabeth Lauper Orth (BAFU), Dr. Erika Meins (Mobiliar Lab für Analytik, ETHZ), Dr. Maurane Riesen (BAFU), Sandino Scheidegger (BAKOM), Prof. Dr. Anne Scherer (Universität Zürich), Erik Schönenberger (Digitale Gesellschaft), Torben Stephan (Mercator Stiftung Schweiz), Dr. Christina Tobler (TA-SWISS), Dr. Susanne Tönsmann (Partizipative Wissenschaftsakademie, UZH und ETHZ), Dr. Nadia Vogel (Kanton Zürich), Claudia Wenzel (Universität Zürich), Onur Yildirim (ZHAW) und Nicolas Zahn (ELCA Informatik).

Ein weiterer Dank geht an die befragten Expert\_innen in der qualitativen Vertiefung Sabine Brenner (BAKOM), Adrienne Fichter (Republik), Edith Graf-Litscher (Parldigi), Eric Herzog (economiesuisse), Prof. Dr. Benjamin Müller (UNIL) und Sara Stalder (Konsumentenschutz). Für die operative Unterstützung danken wir LeeWas und Sechstagerwerk.

# 1\_Einführung

**Die Corona-Pandemie prägte das Jahr 2020. Schon mit der ersten Welle gab es einen Schub für die Digitalisierung. Er führte zu einem intensiven Lernprozess mit viel Ausprobieren im Beruflichen, Schulischen und Privaten. Spätestens jetzt haben wir alle realisiert, dass das «Digitale» nicht ein Widerspieler des Analogenen, sondern ein normaler Teil unseres alltäglichen Daseins geworden ist. Damit ist es auch nicht per se gut oder schlecht, sondern wie vieles im Leben in seinen Facetten zu beleuchten.**

Die Pandemie-Monate waren von einer operativen Hektik geprägt. Verfügbare hilfreiche digitale Tools wurden genutzt und gegebenenfalls auch wieder verworfen. Ob all dem gerieten strategische Überlegungen, beispielsweise zum Umgang mit Daten, zu geforderten digitalen Kompetenzen in der Meinungsbildung oder zur beruflichen Zukunft, etwas in den Hintergrund.

Diese wichtigen Fragen sind nach wie vor da und Teil eines Gesamtblicks auf die Digitalisierung. Was sind die zentralen Erfolgsfaktoren, um die digitale Transformation nutzbringend für alle zu gestalten? Welche Rolle spielt der Staat oder die Schweiz dabei? Was beschäftigt die Bevölkerung, und was unterstützt jede und jeden von uns auf dem Weg in die Zukunft?

Genau da setzt der jährlich erscheinende Mobiliar DigitalBarometer der Initiative APROPOS\_ der Stiftung Risiko-Dialog an. Er wird von der Stiftung Risiko-Dialog inhaltlich verantwortet und von der Mobiliar Versicherung als Partner finanziell aus dem Gesellschaftsengagement unterstützt. Der DigitalBarometer bietet differenzierte Analysen zu verschiedenen Bereichen der Digitalisierung. Der Fokus liegt auf der Perspektive der Bevölkerung und gibt ihr eine Stimme. Auch zeigt er, wo weiteres Engagement nötig ist, um die Bevölkerung abzuholen. Durch die jährliche Wiederholung der Befragung werden Veränderungen in der Debatte oder der gesellschaftlichen Dynamik aufgezeigt.

In der zweiten Ausgabe des Mobiliar DigitalBarometers, stehen 2020/21 folgende 6 Themenfelder im Fokus: «Zukunft der Arbeit», «Meine Daten», «Politische Meinungsbildung», «5G», «E-ID» und «Smart City». «Meine Daten» ist das diesjährige Vertiefungsthema. Damit wurden wiederum bewusst alltagsnahe Anwendungen gewählt, welche für die Bevölkerung von Relevanz sind. Übergreifende Themen und zugrunde liegende Technologien wie künstliche Intelligenz, Informationsasymmetrie oder Datensicherheit werden so konkret fassbar gemacht.

Basierend auf den Resultaten des Mobiliar DigitalBarometers sind im Dialog mit Stakeholdern aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft gemeinsam Spielregeln für die digitale Welt zu entwickeln, welche die Chancen aufnehmen und die möglichen Gefahren berücksichtigen.

# 2\_Methodisches Vorgehen

**Im DigitalBarometer2020/21 stehen die 6 Themenfelder «Zukunft der Arbeit», «Meine Daten», «Politische Meinungsbildung», «5G», «E-ID» und «Smart City» im Fokus. Zu den 6 Bereichen wurde eine quantitative und für die Schweiz repräsentative Umfrage durchgeführt. Im diesjährigen Vertiefungsthema «Meine Daten» wurden zusätzliche Fragestellungen qualitativ analysiert.**

# Quantitative Studie in 6 Themenfeldern

Zwischen dem 22. Juni und dem 12. Juli 2020 führte die Initiative APROPOS\_ der Stiftung Risiko-Dialog zu 6 Themenfeldern der Digitalisierung eine schweizweit repräsentative Befragung durch. Für die Erhebung und Auswertung der Daten wurde die LeeWas GmbH beauftragt. Es wurden räumliche (Sprachregion, Siedlungsgebiet) und soziodemographische (Alter, Geschlecht, Bildung) Gewichtungskriterien beigezogen. Durch die Gewichtung wird eine hohe Repräsentativität für die Wohnbevölkerung der Schweiz erzielt. Die statistische Unschärfe liegt bei Schätzungen basierend auf der gesamten Stichprobe bei +/- 2.8%-Punkten.

## Beschreibung der repräsentativen Stichprobe (gewichtete Werte)

### 1'648 Umfrageteilnehmer\_innen

- 903 Deutschschweiz
- 577 Romandie
- 168 Tessin

### Verteilung Siedlungstypen in %

- |                 |    |
|-----------------|----|
| • Stadt         | 26 |
| • Agglomeration | 34 |
| • Land          | 40 |

### Altersgruppenverteilung in %

- |                       |    |
|-----------------------|----|
| • 18 bis 34 Jahre:    | 25 |
| • 35 bis 49 Jahre:    | 24 |
| • 50 bis 64 Jahre:    | 27 |
| • 65 Jahre und älter: | 24 |

### Geschlechterverteilung in %

- |          |    |
|----------|----|
| • Frauen | 52 |
| • Männer | 48 |

Der vorliegende Bericht ist bewusst kurz gefasst. Der vollständige Datensatz und das Codebook sind als OpenData auf [www.digitalbarometer.ch](http://www.digitalbarometer.ch) für alle frei verfügbar und nutzbar.

# Qualitative Vertiefung im Thema Meine Daten

Im September und Oktober 2020 wurden zur qualitativen Vertiefung des Themas Meine Daten fünf Laien-Fokusgruppen sowie sechs Expert\_innen-Interviews durchgeführt.

Drei der fünf Fokusgruppen wurden in Deutsch durchgeführt, zwei in Französisch. Es nahmen zwischen fünf und acht Personen daran teil. Innerhalb der Fokusgruppen wurde auf eine Durchmischung bezüglich Alter, Geschlecht und Bildung geachtet. Alle Fokusgruppen wurden via Videokonferenz durchgeführt.

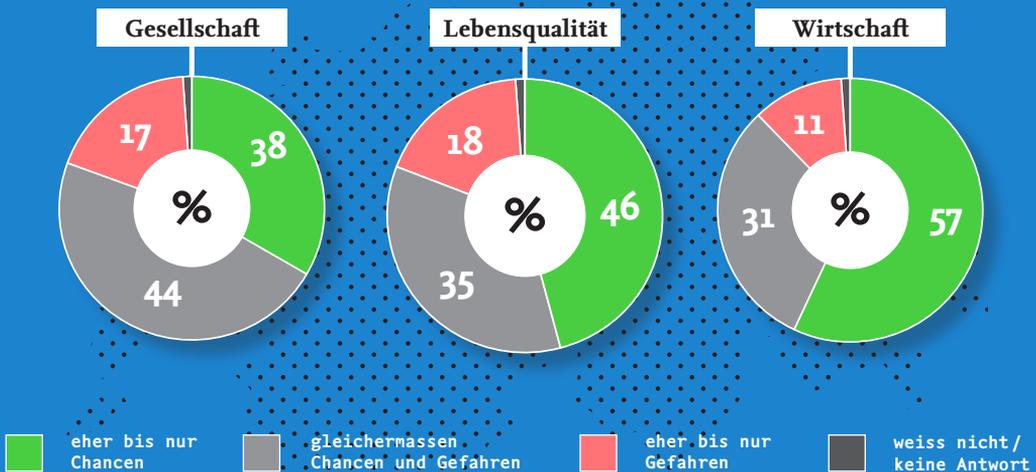
Für die Interviews wurden Expert\_innen aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung, Politik und Medien rekrutiert. Die leitfadengestützten Interviews fanden telefonisch statt. Sie dienten primär der Reflexion der gefundenen Resultate.

# **3\_Digitalisierung in der Schweiz**

**Insgesamt steht die Schweizer Wohnbevölkerung der Digitalisierung positiv gegenüber. Sowohl für die Gesellschaft wie auch für die eigene Lebensqualität und die Wirtschaft sieht die Mehrheit der befragten Personen überwiegend Chancen. Sie fordern gleichzeitig eine differenzierte Auseinandersetzung mit möglichen Gefahren.**

# Chancen- und Gefahrenwahrnehmung der Digitalisierung für drei Bereiche

Es fällt auf, dass die Chancensicht für die Wirtschaft am ausgeprägtesten ist. Dies ist nachvollziehbar, da das Thema im wirtschaftlichen Kontext stark positiv getrieben ist. Auch für die eigene Lebensqualität bringt die Digitalisierung mit neuen Möglichkeiten der sozialen Vernetzung oder des Lernens viel Nutzen mit sich, was sicher zur positiven Perspektive beiträgt. Mit Blick auf die Gesellschaft herrscht eine klar differenziertere Sicht vor. Die meisten Befragten sehen da gleichermassen Chancen wie Gefahren – Nutzen wie Herausforderungen scheinen sich grob die Waage zu halten.



Stellt man sich nun die Frage, wie die Bevölkerung in den untersuchten Themenfeldern der Digitalisierung denkt, sieht man, dass sich gewisse Muster abzeichnen. So sehen Menschen, die für eine offene, tolerante und ökologische Schweiz sind, mehr Chancen als Menschen, die eine starke, traditionelle und unabhängige Schweiz bevorzugen. Auch zeigt sich, dass Männer tendenziell mehr Chancen assoziieren. Zudem lässt sich ein Sprachregionen-Effekt feststellen. Über alle Themenfelder hinweg hat die Romandie eine weniger positive Sicht auf die Digitalisierung als die Deutschschweiz und das Tessin. Keine Unterschiede konnten hingegen zwischen verschiedenen Siedlungstypen gefunden werden. Die häufig berichtete Stadt-Land-Kluft in der Digitalisierung zeigte sich in den von uns untersuchten 6 Themenfeldern nicht, was dafür spricht, dass auch in ländlichen Regionen das Potential der Digitalisierung gesehen wird.

# Wahrgenommene Stärken der Schweiz in Bezug auf Digitalisierung

Wenn man nun fragt, was das spezifisch Schweizerische in der Digitalisierung ist, sieht eine deutliche Mehrheit die Stärken im Know-how in Forschung und Wirtschaft sowie in der Aus- und Weiterbildung. Knapp die Hälfte findet zudem, dass die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Staat und Forschung gut funktioniert. Weniger Stärken werden hingegen im Umgang der Bevölkerung sowie der Behörden mit der Digitalisierung gesehen. Dies könnte die Haltung in der Schweiz widerspiegeln, dass man sich eher auf etablierte und gut abgestimmte Lösungen einlassen möchte. Die Bevölkerung scheint sich weniger Bereitschaft zuzuschreiben, auch mal einfach etwas Neues auszuprobieren; ein Zögern, das im Widerspruch steht zur schnellen Dynamik der Digitalisierung selbst. Auch im Umgang mit Daten wird die Schweiz nicht als Pionierin angesehen. Die Bevölkerung ist sich bewusst, dass der Gestaltungsraum der Schweiz in der Digitalisierung durch die vielen internationalen Akteure nicht überall gleich gross ist. Dies heisst aber nicht, dass in ganz konkreten Themen wie E-ID doch Abstimmungen nötig sind.



**66%** Forschung und Entwicklung



**60%** Aus- und Weiterbildung



**46%** Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Staat und Forschung



**43%** Inländisches Know-how zu Technologien



**43%** Innovationskraft der Wirtschaft



**39%** Vertrauenswürdiger Umgang mit Daten



**37%** Bereitschaft der Bevölkerung, digitale Dienste zu nutzen



**26%** Nutzen und Förderung innovativer Prozesse durch die Verwaltung



**23%** Gestaltung der Digitalisierung mittels demokratischer Prozesse



**15%** Gestaltung und Durchsetzung eigener gesetzlicher Rahmenbedingungen

# 6 Themenfelder – 6 Wahrnehmungen

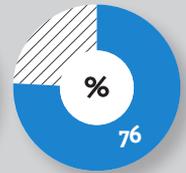
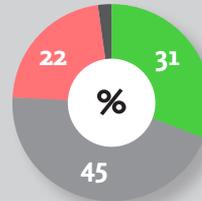
Chancen- und Gefahrenwahrnehmung  
sowie eingeschätzte Wichtigkeit der 6 Themenfelder



## Zukunft der Arbeit

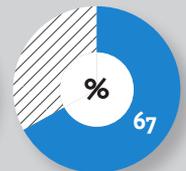
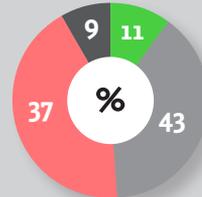
«Anspruchsvolle  
Transformation –  
mit vielen Chancen»

Chancen/Gefahren      Wichtigkeit



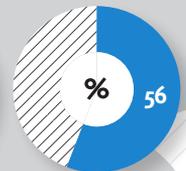
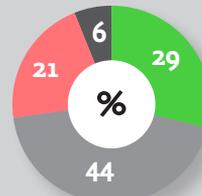
## Meine Daten

«Wertvolle Daten teilen –  
Ja, solange der Nutzen  
gesehen wird»



## Politische Meinungsbildung

«Digitale Kompetenzen  
sind gefragt»



■ eher bis nur Chancen

■ gleichermassen Chancen und Gefahren

■ eher bis nur Gefahren

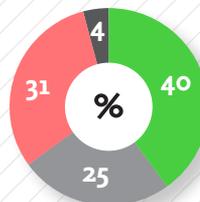
■ weiss nicht / keine Antwort



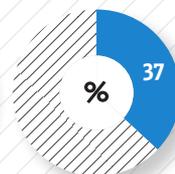
## 5G

«Geteilte Meinungen -  
Schutz und Fortschritt»

Chancen/Gefahren

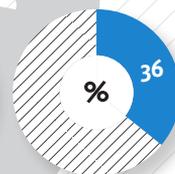
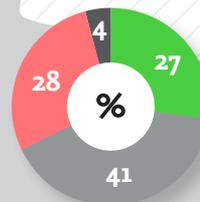


Wichtigkeit



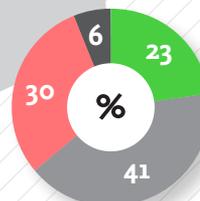
## E-ID

«Der Staat in der  
Verantwortung»



## Smart City

«Konkrete Anwendungen  
interessieren»



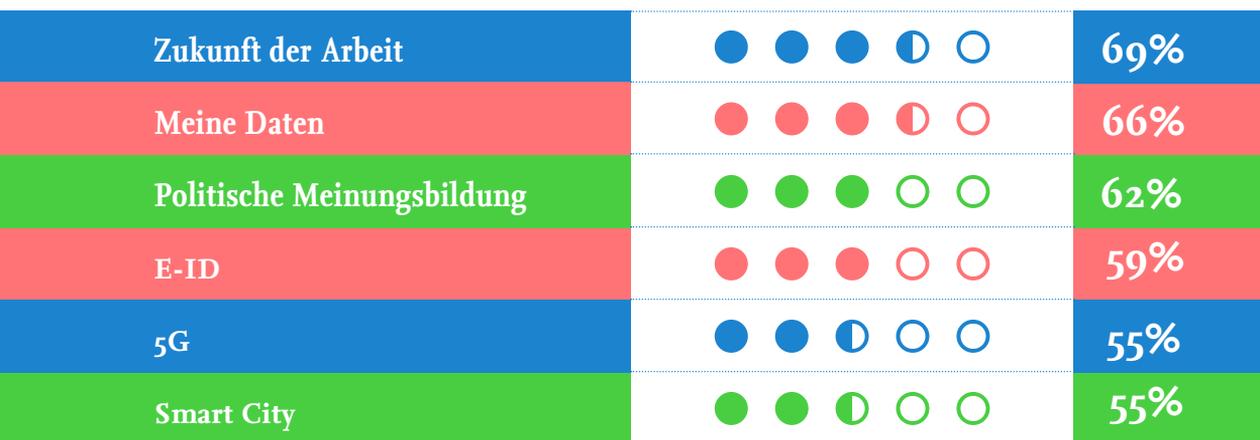
 eingeschätzte  
Wichtigkeit

# **4\_Digitalisierung partizipativ gestalten**

**Die Bevölkerung sieht Handlungsbedarf in der Digitalisierung und wünscht sich Partizipation. Dabei ist eine Mehrheit der Befragten davon überzeugt, dass man als Einzelperson in der Gesellschaft etwas bewirken kann. Die Grundlage für eine gemeinsame Gestaltung der digitalisierten Zukunft ist gegeben.**

# Handlungsbedarf in den 6 Themenfeldern

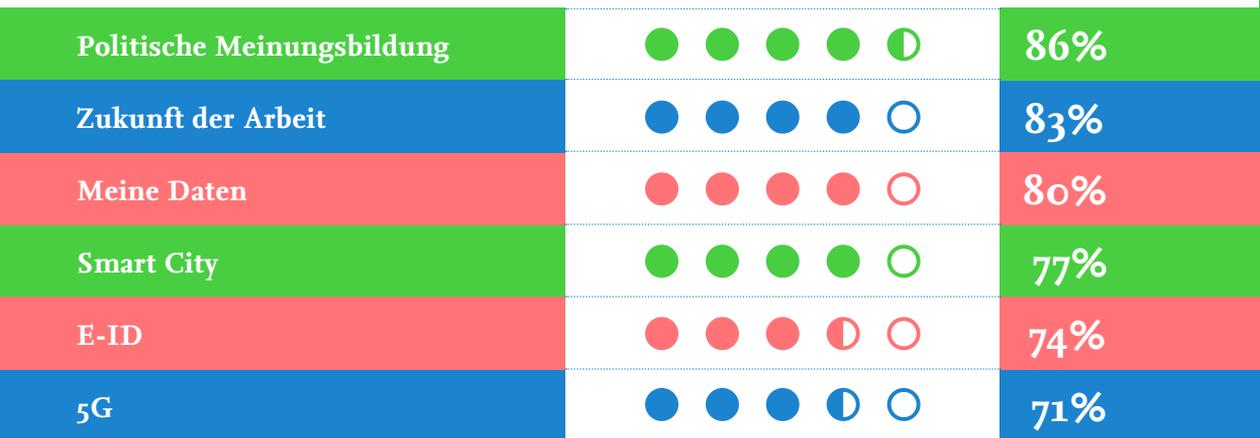
In allen Themenfeldern besteht Handlungsbedarf. Der Handlungsbedarf zeigt auf, inwiefern die Befragten der Meinung sind, dass etwas verändert werden soll. Dabei können ganz unterschiedliche Massnahmen gemeint sein, wie etwa politische Entscheidungen, mehr Forschung, verbesserte Information oder ein intensivierter Dialog zwischen Staat und Wirtschaft.



Wer und warum jemand Handlungsbedarf sieht, kann je nach Themenfeld unterschiedlich sein: Im Thema Meine Daten zeigt sich, dass mit zunehmender Gefahrenwahrnehmung der Handlungsbedarf als grösser empfunden wird. Hier steht der Wunsch im Vordergrund, den Umgang mit damit verbundenen Herausforderungen zu adressieren. Genau umgekehrt ist es im Thema E-ID, wo Personen, die eher Gefahren sehen, mehrheitlich angeben «gar nichts» machen zu wollen. Dies mag damit zusammenhängen, dass es die E-ID noch nicht gibt und daher die Notwendigkeit zu partizipieren nicht gesehen wird. Auch im Thema Smart City zeigt sich, dass es primär die Personen sind, die Chancen mit dem Thema verbinden, die Handlungsbedarf sehen. Bei Smart Cities scheint also das Mindset vorzuherrschen, sich aktiv einbringen zu müssen, um auch von den Chancen zu profitieren.

# Partizipationsbedürfnis in den 6 Themenfeldern

Das Partizipationsbedürfnis der Bevölkerung ist in der unten stehenden Grafik abgebildet. Partizipation umfasst hier das gesamte Spektrum von sich informieren und im persönlichen Umfeld diskutieren über Anwendungen testen bis hin zu sich politisch einbringen. Auch das Partizipationsbedürfnis ist in allen Themenfeldern hoch. Im Vordergrund stehen dabei Themenfelder, wo jede/jeder entweder selber direkt betroffen ist oder sich selber engagieren will – sei es bei der politischen Meinungsbildung, der Zukunft der Arbeit oder im Umgang mit Daten. Primär möchte sich der Grossteil der Befragten erst mal besser in den einzelnen Themen informieren. Wie man sich in den einzelnen Themenfeldern engagieren kann, scheint jedoch eher unklar. Dies zeigt sich auch im Befund, dass häufig anderen Akteuren als sich selbst die Verantwortung für die Weiterentwicklung in den Themen zugeschrieben wird.



**Zukunft der Arbeit**

**Meine Daten**

**Politische  
Meinungsbildung**

**5G**

**E-ID**

**Smart City**

# 5\_Zukunft der Arbeit

**Technologien wie Künstliche Intelligenz und Robotik führen zu veränderten Berufsbildern, was neue Anforderungen an Arbeitnehmende stellt. Die zunehmende Automatisierung entlastet uns von Routine-tätigkeiten. Neue Berufe entstehen, gewisse Berufe verschwinden jedoch ganz.**

Chancen

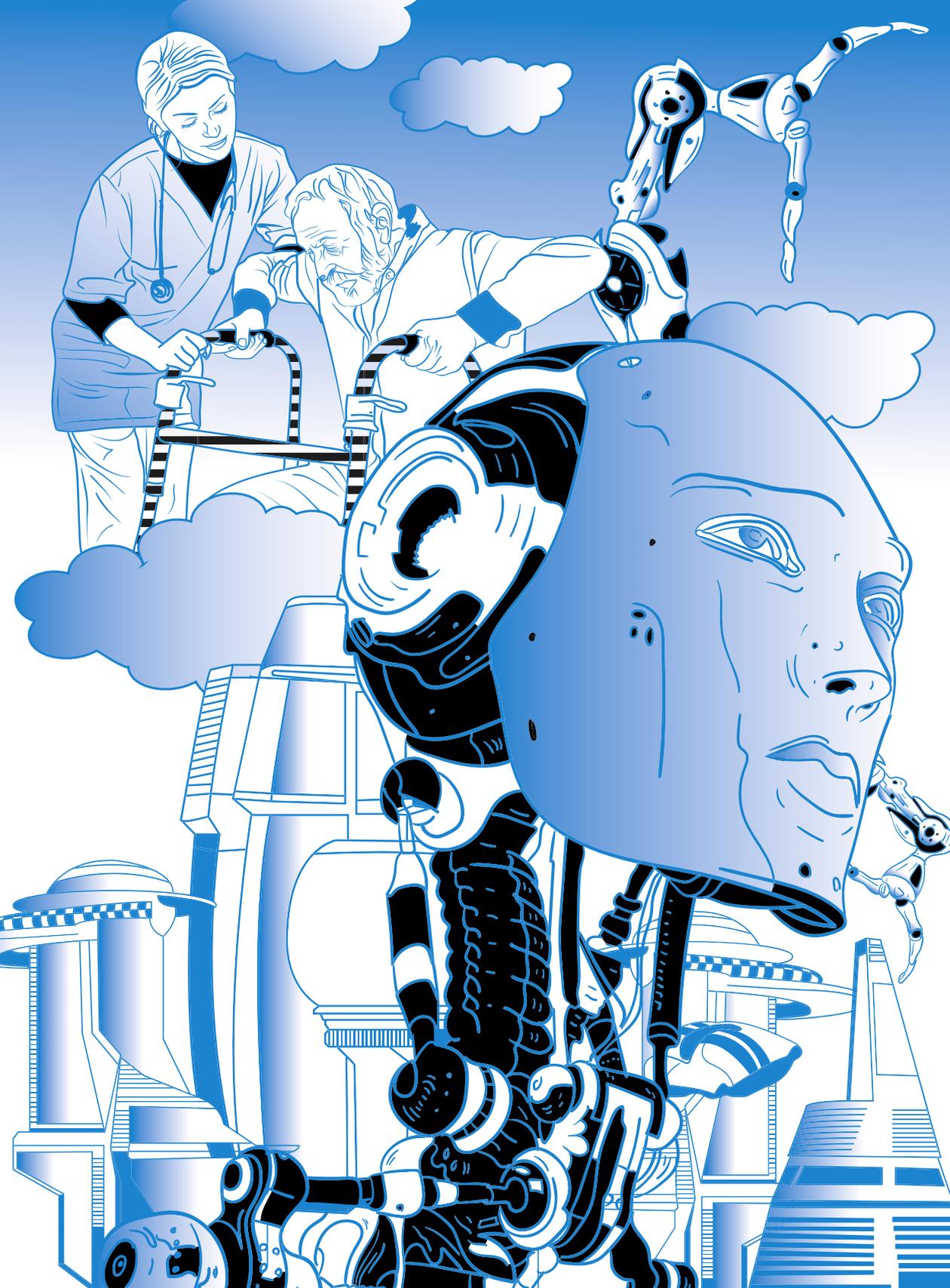


Gefahren



Handlungsbedarf





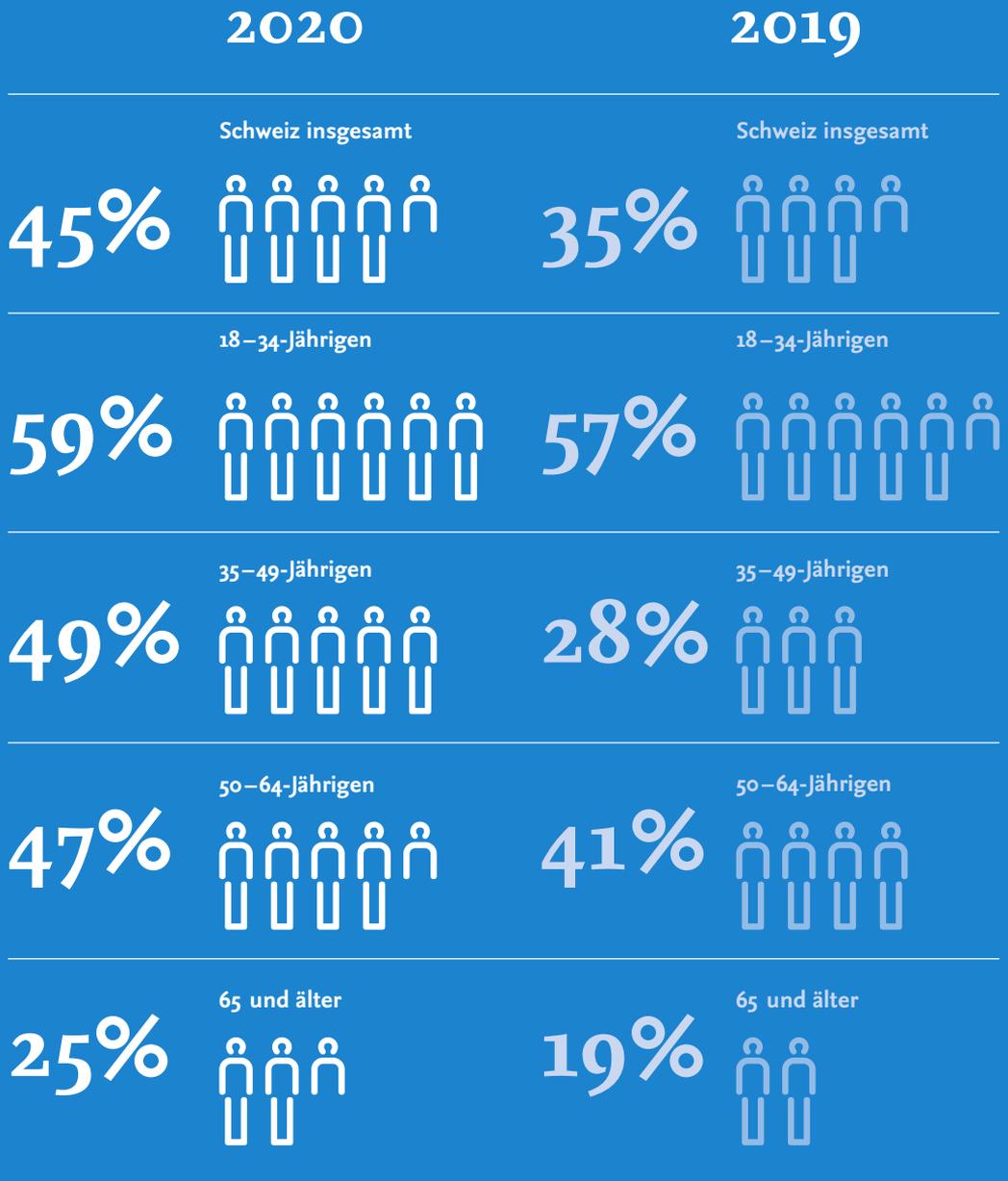
Die Zukunft der Arbeit hat für die Bevölkerung von den 6 untersuchten Themen die höchste Relevanz. Dies ist nachvollziehbar, da die Erwerbsarbeit ein Grundbedürfnis in unserer Gesellschaft abdeckt. Für viele muss der Beruf auch sinnstiftend sein. Veränderungen in der Arbeitswelt betreffen die Menschen daher stark und werden viel diskutiert. Ein Drittel der Befragten gibt an, persönlich stark durch solche Entwicklungen betroffen zu sein. Am stärksten betroffen fühlen sich die 18–34-Jährigen. Sie zeigen auch die höchste Bereitschaft, ihr eigenes Verhalten anzupassen, z. B. durch besuchen von Weiterbildungen. Die Altersgruppe der 65-Jährigen und älter fühlt sich hingegen am wenigsten betroffen, was nachvollziehbar ist, da nur ein kleiner Teil noch berufstätig ist. Nur ein Viertel gibt an, das eigene Verhalten anpassen zu wollen.

Für die Mehrheit der Befragten ist klar, dass im Themenfeld etwas getan werden muss. 67 % der Befragten geben an, dass ein grosser Handlungsbedarf besteht. Hierbei wird in erster Linie die Politik (70 %) als wichtige Akteurin genannt, gefolgt von der Wirtschaft (59 %), den Behörden (56 %) und der Bevölkerung selbst (54 %). Personen, die Chancen mit dem Thema assoziieren und die sich persönlich betroffen fühlen, sehen mehr Handlungsbedarf.

In der Grafik rechts sieht man, dass der Anteil Personen, die ihr eigenes Verhalten anpassen möchten, über alle berufstätigen Altersgruppen hinweg hoch ist. Im Vergleich zum letzten Jahr wurde allen noch stärker klar, dass Veränderungen auch auf individueller Ebene notwendig sind. Insbesondere die 35–49-Jährigen fielen im DigitalBarometer2019 durch eine sehr geringe Bereitschaft, Weiterbildungen zu besuchen, auf (28 %). Die vermehrt direkte Ansprache dieser Altersgruppe in den vergangenen Monaten scheint deren Bereitschaft zu Veränderungen gestärkt zu haben.

Darüber hinaus werden vielfältige Ansätze gefordert: In der Schulbildung soll ein verstärkter Fokus auf digitale Kompetenzen gelegt werden (51 %) und individualisierte Informations- und Weiterbildungsangebote müssen geschaffen werden, um sich digitale Kompetenzen anzueignen (49 %). Es besteht zudem der Wunsch nach weiterer Forschung, die untersucht, welche Arbeitsplätze durch die Digitalisierung entstehen bzw. gefährdet sind (50 %), und nach entsprechender staatlicher Unterstützung beim Aufbau neuer bzw. zum Erhalt gefährdeter Berufsfelder (49 %).

# Bereitschaft, das eigene Verhalten anzupassen – abhängig vom Alter





Spannend ist anzuschauen, wie die Digitalisierung der Arbeit in den unterschiedlichen Branchen verschieden wahrgenommen wird. In Branchen mit freiberuflichen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie in der Informations- und Kommunikationsbranche überwiegen die Chancen wenig überraschend.

Weiter zeigt sich, dass Personen aus der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei in der Digitalisierung deutlich mehr Gefahren für die Arbeitswelt sehen als in den restlichen Bereichen. Betrachtet man die politische Einstellung der Befragten, sind es die stärker traditionell eingestellten Menschen, die deutlich mehr Gefahren sehen. Sowohl progressiv als auch moderat eingestellte Menschen haben eine Chancensicht.

Es geht nicht darum,  
Analoges  
einfach zu digitalisieren,  
sondern Arbeitsweisen,  
Prozesse und letztlich die  
Arbeitskultur  
neu zu denken.

Spätestens die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Digitalisierung eine zentrale Rolle im Arbeitskontext spielt. Dabei geht es nicht darum, Analoges einfach zu digitalisieren, sondern Arbeitsweisen, Prozesse und letztlich die Arbeitskultur neu zu denken. Diese Bedeutung des Digitalen in der künftigen Arbeitswelt widerspiegelt sich auch in der hohen Relevanz, welche das Thema für die Bevölkerung hat.

Gegenüber 2019 ist zudem eine positivere Wahrnehmung sichtbar. Zunehmend werden auch Chancen gesehen. So bekommt beispielsweise durch die Automatisierung von Routinetätigkeiten und dank Künstlicher Intelligenz das Menschliche mehr Platz. Kreative und beziehungspflgende Berufe erlangen mehr Wichtigkeit. Die Leute sind sich ihrer eigenen Verantwortung bewusst und zeigen eine proaktive Haltung, sich zu informieren oder weiterzubilden. Der DigitalBarometer2019 empfahl, speziell die mittlere Altersgruppe im Thema zu aktivieren, da sie dem Thema noch wenig Aufmerksamkeit schenkt. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass dies Wirkung gezeigt hat.

Diese vielversprechende Ausgangslage gilt es zu nutzen. Die Schweiz bietet ein hochstehendes Bildungssystem. (Weiter-)Bildungsangebote sind gefragt. Gleichzeitig weiss man noch immer zu wenig darüber, welche beruflichen Kompetenzen zukünftig gefragt sind. Auch die Forschung hat dazu noch viele offene Fragen, weshalb zu Recht weitere Ideen gefordert werden. Nicht zuletzt bleibt es eine Schwierigkeit, in diesem hoch ökonomischen Thema ein Gleichgewicht zu den sozialen Aspekten zu finden. So sind beispielsweise Systeme der sozialen Absicherung weiterzuentwickeln, um die Transformation hin zu einer künftigen Arbeitswelt zu unterstützen. Damit ist die Schweiz bereit, Chancen wahrzunehmen und gleichzeitig Härtefälle abzufedern.

# 6\_Meine Daten

**Wer Online-Dienste nutzt, «bezahlt» in der Regel mit persönlichen Daten. Diese können zu Kundenanalysen und Marketingzwecken genutzt werden, um Angebote zu personalisieren. Dadurch steigt der Komfort für Nutzer\_innen. Gleichzeitig steht die Frage nach Privatsphäre im Raum.**

Chancen



Gefahren



Handlungsbedarf





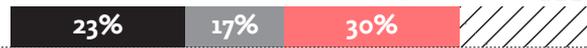
Das Datenthema hat für die Wohnbevölkerung der Schweiz von den 6 untersuchten Themen die zweithöchste Relevanz. Dabei werden klar häufiger Gefahren (37 %) mit dem Thema assoziiert als Chancen (11 %). 43 % sehen gleichermaßen Chancen und Gefahren. Weiter fällt auf, dass im Datenthema mit 9 % der Anteil «weiss nicht»-Antworten am grössten ist. Dies weist darauf hin, dass viele Menschen kein klares Bild davon haben, was die positiven und negativen Folgen im Umgang mit Daten sind.

Die Mehrheit der Befragten sieht dringend Handlungsbedarf (58 %). Als wichtige Verantwortungsträger bezeichnet sie sowohl Datenschutzbehörden (66 %) und die Politik (63 %) als auch sich selbst (57 %) und Technologieanbieter (49 %). Die Politik als Akteurin bekommt im Vergleich zum letzten Jahr klar mehr Gewicht (2019: 51 %). Wie bereits letztes Jahr schreiben die Befragten auch sich selbst eine wichtige Rolle zu. Die Eigenverantwortung zeigt sich in der Absicht, sich Wissen im Thema anzueignen (60 %) und das eigene Verhalten z. B. durch Ändern der Datenschutzeinstellungen anzupassen (59 %). Auf politischer Ebene mitentscheiden möchte hingegen gerade einmal ein Viertel der Befragten (2019: 51 %).

Die hohe Bereitschaft, das eigene Verhalten anzupassen, erklärt sich zum Teil dadurch, dass der Datenschutz als sehr wichtig eingestuft wird: 90 % aller Befragten gibt an, dass der Datenschutz wichtig sei. Dabei scheint es, dass vor allem jenen Personen der Schutz der eigenen Daten wichtiger ist, welche in der Digitalisierung Gefahren sehen. Gleichzeitig nutzt der Grossteil der Bevölkerung Anwendungen, die auf eigene Daten zugreifen. Die meisten nutzen Bonusprogramme (70 %), Social Media (57 %) sowie Applikationen, die Standortdienste verwenden (56 %). Eher zurückhaltend sind sie bei der Nutzung von Unterhaltungs-Apps (42 %) sowie Fitness-Trackern (27 %). Kaum genutzt werden in der Schweiz Digitale-Voice-Assistenten (6 %). Zu einem grossen Teil nutzen Personen diese Anwendungen, die primär Gefahren mit dem Datenthema assoziieren, wie die Grafik rechts zeigt. Wie bereits letztes Jahr nutzen die Menschen die Dienste also wohl wissend, was mit den Daten geschieht. Über alles scheint der Nutzen immer noch zu überwiegen.

# Häufige Nutzung von Anwendungen – abhängig von der Chancen- und Gefahrenwahrnehmung

Bonusprogramme wie bspw. Cumulus oder Supercard



Social-Media-Netzwerke wie Facebook, LinkedIn, Twitter, Snapchat, Instagram oder YouTube



Applikationen, die Standortdienste verwenden, wie bspw. Google Maps, Uber oder SBB



Unterhaltungs-Apps wie bspw. Spotify, Netflix und Smart TV



Fitness-Tracker sowie Sport- und Gesundheits-Applikationen wie Strava, digitale Schrittzähler, etc.



Digitale-Voice-Assistenten bzw. Geräte mit natürlicher Spracheingabe wie Siri und Alexa



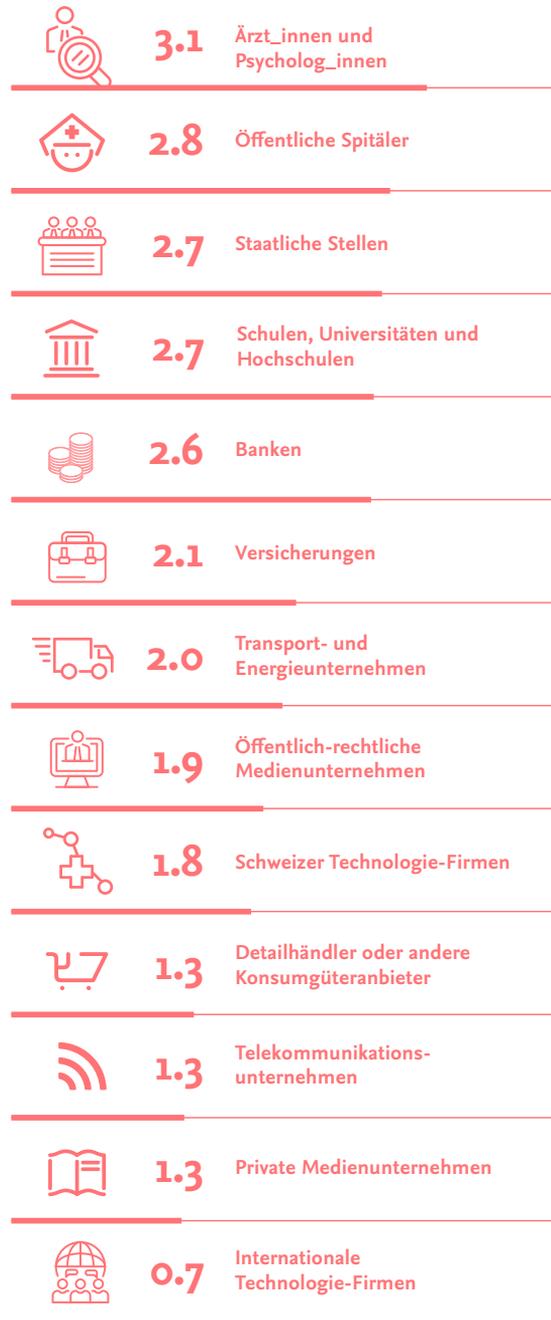
■ eher bis nur Chancen   
 ■ gleichermassen Chancen und Gefahren   
 ■ eher bis nur Gefahren

Im Umgang mit dem Thema werden konkrete Lösungen gewünscht: Am hilfreichsten fänden es die Befragten, wenn es mehr Transparenz gäbe, wofür Daten verwendet werden (70%). Auch ein Ampelsystem, das anzeigt, wie gut Daten geschützt sind (57%), sowie stärkere Datenschutzgesetze (48%) stossen bei einer Mehrheit der Befragten auf Interesse. Hingegen finden Initiativen zur Sensibilisierung wenig Anklang (8%).

# Vertrauen in verschiedene Organisationen im Umgang mit Daten

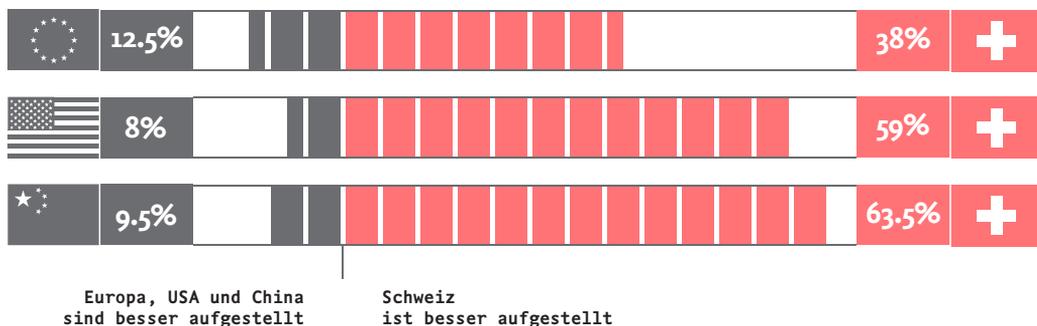
Schaut man, wie stark die Menschen verschiedenen Organisationen im Umgang mit Daten vertrauen, zeigt sich, dass das Vertrauen in Ärzt\_innen, öffentliche Spitäler, staatliche Stellen, Schulen sowie Banken hoch ist. Das Vertrauen in internationale Tech-Unternehmen, private Medienhäuser, Telekommunikationsunternehmen sowie Detailhändler und andere Konsumgüteranbieter ist hingegen tief. Diese Befunde decken sich mit der allgemeinen Vertrauenszuschreibung. Es ist anzunehmen, dass das Vertrauen zum Umgang mit Daten nicht allein auf vermutete Kompetenzen im Umgang mit Daten zurückzuführen ist, sondern abgeleitet wird vom allgemeinen Vertrauen in einen Akteur. Weiter kann davon ausgegangen werden, dass man eine klarere Meinung dazu hat, wem man vertraut, je mehr man sich mit dem Thema auseinandersetzt. Dies zeigt sich beispielsweise bei der Gruppe der Hochgebildeten, die den vertrauensvollen Organisationen mehr vertrauen, den weniger vertrauensvollen Unternehmen aber auch mehr misstrauen.

- 0 gar kein Vertrauen
- 1 wenig Vertrauen
- 2 etwas Vertrauen
- 3 viel Vertrauen
- 4 sehr viel Vertrauen



# Wie ist die Schweiz im Thema Meine Daten im internationalen Vergleich aufgestellt?

Eine klare Mehrheit der Schweizer Wohnbevölkerung (68%) vertraut inländischen Organisationen im Umgang mit eigenen Daten mehr als Organisationen aus dem Ausland (1%). Aus Sicht einiger Expert\_innen gibt es dazu inhaltlich wenig Grund. Erklären könnte man diesen deutlichen Unterschied damit, dass im Sinne der Swissness den Schweizer Unternehmen per se mehr Sorgfalt zugeschrieben wird und diese bei Problemen eher greifbar sind. Auch wenn man betrachtet, wie die Schweiz ganz allgemein im Thema «Meine Daten» im internationalen Vergleich wahrgenommen wird, zeigt sich dasselbe Bild: Man sieht in der Grafik unten, dass zumindest aus Sicht der Befragten eine klare Mehrheit der Meinung ist, dass die Schweiz besser aufgestellt sei.



Die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass das Datenthema eine neue Dimension der gesellschaftlichen Debatte erreicht hat. Neben dem Datenschutz steht neu das Teilen persönlicher Daten im Fokus des Diskurses, beispielsweise um zur Bewältigung einer Krise beizutragen. Aus dem Barometer geht hervor, dass rund die Hälfte der Befragten bereit wären, ihre Standortdaten sowie Kontaktdaten zu teilen, um dadurch eine weitere Ausbreitung des Corona-Virus zu verhindern. Hingegen ist nur ein sehr kleiner Teil bereit, Kommunikationsdaten wie Nachrichtenverläufe und Gesprächsaufzeichnungen zu teilen (8%). 17% geben an, «gar keine» Daten teilen zu wollen. Ob das daran liegt, dass diese Daten zu persönlich sind oder dass der direkte Nutzen der Daten zur Bekämpfung des Corona-Virus nicht gesehen wird, geht aus der Befragung nicht hervor. Im Rahmen vertiefender Gespräche mit der Bevölkerung und Expert\_innen wurde auf diese Fragestellung genauer eingegangen.

# Zitate aus der Bevölkerung

## Daten teilen – erste Assoziationen

«Ich kann <ja> sagen, ich kann <nein> sagen – meine Daten werden aber so oder so erfasst.»

«Es ist eh ein riesiger Datenmüll. Wenn da irgendjemand was damit machen möchte, ist mir das egal.»

«Der Staat hat eine Fürsorgepflicht. Es ist nicht meine Aufgabe mich über alles zu informieren und mich bei jeder Anwendung mit dem Datenschutz auseinanderzusetzen.»

«Ich bin da wenig handlungsfähig. Wenn ich das Internet nutzen möchte, dann teile ich meine Daten.»

«Ich weiss einfach nicht, ob der Staat hier mit der schnellen Entwicklung von Technologieunternehmen mithalten kann.»

«Mein Eindruck ist, dass jede Firma selbst entscheidet, was sie mit den Daten macht, und das ist für mich eine komplett überfordernde Situation.»

«Handlungsfähigkeit und Selbstbestimmung im Umgang mit persönlichen Daten wieder zu erlangen, ist meiner Meinung nach eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, die wir in Zukunft zu lösen haben.»

## Teilen von Daten zu kommerziellen Zwecken – Meinungen und Verhalten

«Ich nutze Dienste, bei denen ich weiss, dass meine Daten gesammelt werden. Aber durch meine Daten trage ich auch dazu bei, dass die App besser funktioniert. Davon profitieren letztendlich alle.»

«Ich sehe das grosse Problem dann, wenn Daten weitergegeben werden. Ich finde es beispielsweise super, dass ich mit meiner Fitness-App meine Leistungen tracken kann. Aber wir haben alle ein Problem, wenn diese Daten an die Versicherungen weitergegeben werden.»

«Ob ich Online-Dienste nutze und damit meine Daten teile, hängt eindeutig von meinen Kosten-Nutzen-Überlegungen ab.»

«Wenn eine SBB-App meine Daten sammelt, mache ich mir überhaupt keine Gedanken. Ich vertraue darauf, dass ein staatliches Unternehmen meine Daten genügend schützt – nebst dem, dass meine Daten eh nicht so interessant sind.»

«Ich beantworte nichts, was meine persönliche Gesundheit oder meine Familie betrifft.»

«Entweder habe ich eine intrinsische Motivation meine Daten zu teilen, oder aber man kann mir gar nicht genug Geld dafür anbieten.»

«Ich bewege mich im Internet sehr vorsichtig und versuche mich zu schützen, da ich nicht zum Produkt von Dienstleistern werden möchte.»

## Teilen von Daten für gemeinnützige Zwecke – Meinungen und Verhalten

«Es ist unglaublich, dass wir jeden Tag so viele persönliche Informationen teilen, aber in einer Pandemiekrise zögern und erst noch diskutieren müssen, bevor wir Daten teilen, die für die Bewältigung der Krise hilfreich sein könnten.»

«Wenn es dem Gemeinwohl dient, würde ich auch andere Daten, wie Kommunikationsdaten, teilen.»

«Jetzt gehen wir in eine Bar, ein Restaurant oder Sonstiges und teilen sofort unseren Namen, unsere Adresse, unseren Standort usw. Vor neun Monaten hätte sich niemand bereit erklärt, diese Informationen anzugeben.»

«Ich möchte nicht, dass man meinen Standort täglich verfolgt, ich möchte nicht, dass man jederzeit weiss, wo ich bin, und ich diese Information mit Ich-weiss-nicht-wem teile. Auch, wenn es für das Wohl der Gesellschaft ist. Ein wenig individuelle Freiheit muss noch bleiben.»

«Ein Beitrag für das Gemeinwohl ist hier wichtiger als der Schutz von persönlichen Standortdaten.»

«Nutzt die Regierung eine Krise nicht als Vorwand, um Daten über ihre Bevölkerung zu sammeln?»

«Obwohl ich dem Staat nicht weniger vertraue als Google, bin ich bei der SwissCovid-App viel kritischer. Vielleicht liegt es daran, dass man da schon fast zu gut informiert wurde, während man bei Google und Facebook und Co. ja nicht so genau weiss, was mit den Daten passiert.»

«Wenn eine App vom Staat kommt, kommen einem schon gleich so Big-Brother-Gedanken.»

«Der Staat als unabhängige Institution sehe ich nicht. Er arbeitet immer zusammen mit wirtschaftlichen Unternehmen und ist daher auch nicht komplett unabhängig.»

# Expertenstimmen

## Wo steht die Schweiz im Umgang mit Daten?

«Es muss mehr Bewusstsein geschaffen werden, dass man nichts gratis im Internet erhält, sondern seine Leistungen immer mit einem Mittel zahlt. Das ist Wirtschaft on- und offline. Mit diesem Wissen kann ein\_e Konsument\_in mündig entscheiden, was er/sie möchte. Eine klare Deklaration, wie mit einem einfachen Farbsystem der Ampel hilft bei der Entscheidungsfindung. Auch helfen könnte ein Beipackzettel «Risiken und Nebenwirkungen» analog zur Medizin bei Internetdiensten wie Social Media.» (Fichter)

«Wir müssen uns von der Idee verabschieden, dass wir uns im digitalen Raum in einer komplett risikofreien Zone bewegen. Und die Erwartung, dass uns das ganze Risiko abgenommen wird durch den Gesetzgeber und den Staat, geht auch zu weit. Ich fahre ja auch jeden Tag mit dem Fahrrad zur Arbeit und nehme das Risiko in Kauf, einen Unfall zu haben. Es ist schlussendlich meine Verantwortung mit den Risiken umzugehen.» (Herzog)

«Die Digitalisierung per se gibt es nicht, man muss das immer in einen Kontext stellen. Auch bei Daten stellen sich viele übergreifende Fragen, die Antworten fallen jedoch sektorspezifisch jeweils anders aus. Die Schweiz ist in gewissen Bereichen sehr weit, wie in der Ausstattung und der Netzinfrastruktur - in anderen im internationalen Vergleich, auch aufgrund der föderalen Struktur wie zum Beispiel im Gesundheitsbereich oder im eGovernment, weniger.» (Brenner)

«Es gibt keinen Bereich, wo die Informationsasymmetrie zwischen Anbietern und Konsument\_innen so hoch ist wie in der Digitalisierung.» (Stalder)

«Umgang mit Daten ist ein zentrales Thema für Politik und Verwaltung geworden. Der Bundesrat hat in seiner neuen Strategie "Digitale Schweiz" beispielsweise die Nutzung von Daten sowohl für den Schutz der Umwelt als auch für die regulierten Netzsektoren thematisiert. Zudem rücken neue Daten wie aus dem Bildungssektor mehr in den Vordergrund.» (Brenner)

## Daten als politisches Thema

«Zentral ist, dass wir eine zukunftsorientierte Datenpolitik aufbauen, die den immateriellen Wert von Daten berücksichtigt und von dem alle profitieren können. Es braucht dazu die richtige Balance und Transparenz zwischen der Datenverwendung zu wirtschaftlichen Zwecken und dem Schutz der Individuen und der Privatsphäre.» (Graf-Litscher)

«Wir leben seit 30 Jahren im Zeitalter der digitalen Selbstverteidigung: Uns als Bürger\_innen wird vermittelt, dass wir alles selbst einstellen, konfigurieren, zurücksetzen etc. sollen – was hier verlangt wird, ist konsumenten-, bürger- und menschenunfreundlich. Das scheint zum Sinneswandel geführt zu haben, dass die Politik hier handeln muss. Auch wenn Regulierung nicht überall hilft.» (Fichter)

«Datenschutz muss ein Top-Thema der Politik werden und kann nicht auf Stufe einzelner Behörden abgehandelt werden. Er betrifft alle Aspekte des privaten und öffentlichen Lebens. Das neue Datenschutzgesetz der Schweiz ist ein Schuss ins Leere.» (Stalder)

«Nun kann man in zwei Richtungen gehen: Entweder, wir nehmen den Bürgern die Überforderung ab, oder wir helfen, die Eigenverantwortung zu forcieren. Im Moment gibt's die Tendenz Ersteres zu tun. Vor allem in der EU. Aus meiner Sicht ist man mit der Idee, über bevormundende Eingriffe dem Bürger Entscheidungen abnehmen zu können, schon längst in einer Sackgasse angekommen.» (Herzog)

## Ansätze für die Zukunft

«Wir brauchen ein digitales moralisches Betriebssystem für Unternehmen und die Wirtschaft im Umgang mit Daten. Das ist eine grosse Positionierungschance für die Schweizerische Wirtschaft und fusst auf der etablierten DNA der Schweiz.» (Müller)

«Als Politikerin spüre ich in der Bevölkerung einen Graben zwischen Technokraten und Verängstigten. Wir müssen vermehrt Brücken bauen damit wir den digitalen Anschluss nicht verlieren. (Graf-Litscher)

«Ein Label oder Ampelsystem, welches den Grad des Datenschutzes bei spezifischen Produkten aufzeigt, muss als nächster Schritt kommen – und auf keinen Fall einfach nur weitere Sensibilisierung der Bevölkerung. Daten sollen nicht verschербelt werden, sondern ihr Wert muss der Bevölkerung bewusst sein und auch, dass diese einen hohen monetären Wert haben.» (Stalder)

«Das Ziel sollte ein Recht sein, welches den dauerhaften Besitz meiner Daten durch Dritte ausschliesst. Konzepte wie ein <Hub of All Things> mit differenzierten Datenfreigaben geben den Bürger\_innen wehrhafte Werkzeuge in die Hand und zwingen die Unternehmen zu einer starken Corporate Digital Responsibility.»  
(Müller)

«Vielleicht hilft Technologie, dass man klarere Mittel hat, um Kontrolle über Daten zu behalten. Rein regulatorische Eingriffe bringen nichts. Regulatorisch sollte man stärker auf Missbrauch fokussieren. Der aktuelle Datenschutz ist sehr statisch und geht auf die <Eingänge> und nicht auf das Ergebnis.»  
(Herzog)

### Liste der Expert\_innen

- Sabine Brenner, Leiterin der Geschäftsstelle Digitale Schweiz, BAKOM
- Adrienne Fichter, Tech-Reporterin, Online-Magazin Republik.ch
- Edith Graf-Litscher, Nationalrätin und Co-Präsidentin Parldigi
- Eric Herzog, Mitglied der Geschäftsleitung, economiesuisse
- Prof. Dr. Benjamin Müller, Department of Information Systems, Faculty of Business and Economics, Universität Lausanne
- Sara Stalder, Geschäftsleiterin der Stiftung für Konsumentenschutz

Den Menschen ist klar, dass sie eine Eigenverantwortung haben, ihre Daten zu schützen und nutzbringend einzusetzen. Die Politik hat dabei eine wichtige Rolle, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um dieser Verantwortung gerecht zu werden. Dafür entstehen zurzeit beispielsweise Ampelsysteme oder Labels. Der Umgang mit Daten kann auch nicht einfach den Datenschutzbehörden zugeschrieben werden. Es geht vielmehr darum, eine zukunftsfähige Datenpolitik zu entwickeln, die sowohl für die Wirtschaft als auch die Bevölkerung passend ist. Dabei liefert Forschung und Praxis neue Konzepte, bei denen Daten entweder monetarisiert werden oder in einer Art Clearing-House selektiv und/oder zeitlich befristet mit Datennutzenden geteilt werden. So könnte dem Wunsch nach mehr Selbstbestimmung Rechnung getragen und ein Gegengewicht gerade zu internationalen Datenkonzernen geschaffen werden. Zudem soll der Wert von Daten und die Bedeutung des Umgangs mit Daten immer wieder thematisiert werden – nicht zuletzt in der schulischen Bildung.

Die Schweiz kann den Umgang mit ihren eigenen Daten aktiv und offen gestalten. Dies hilft der Bevölkerung, der Forschung, aber auch innovativen Geschäftsideen. Auf Basis etablierter Werte der schweizerischen DNA wie Qualität, solide Lösungen und Innovation könnte eine gesellschaftlich verantwortliche Datenkultur entwickelt werden, die der Volkswirtschaft als auch dem internationalen Ansehen und den Kooperationen förderlich ist. Freiwillig persönliche Daten zu teilen, um bessere gesellschaftliche Entscheidungen zu treffen, hat dabei ein hohes Potenzial. Falls der übergeordnete Nutzen ersichtlich und die Systeme gut gebaut sind, ist die Bereitschaft in der Schweiz dazu vorhanden.

# 7\_Politische Meinungsbildung

Das Internet bietet viele Möglichkeiten, um sich über politische Themen zu informieren und die eigene Meinung mitzuteilen. Je nach Nutzerverhalten werden beispielsweise in Newsfeeds von Social Media andere Beiträge angezeigt und automatisierte Inhalte erstellt, was die Meinungsbildung für Abstimmungen und Wahlen erschweren kann.

Chancen



Gefahren



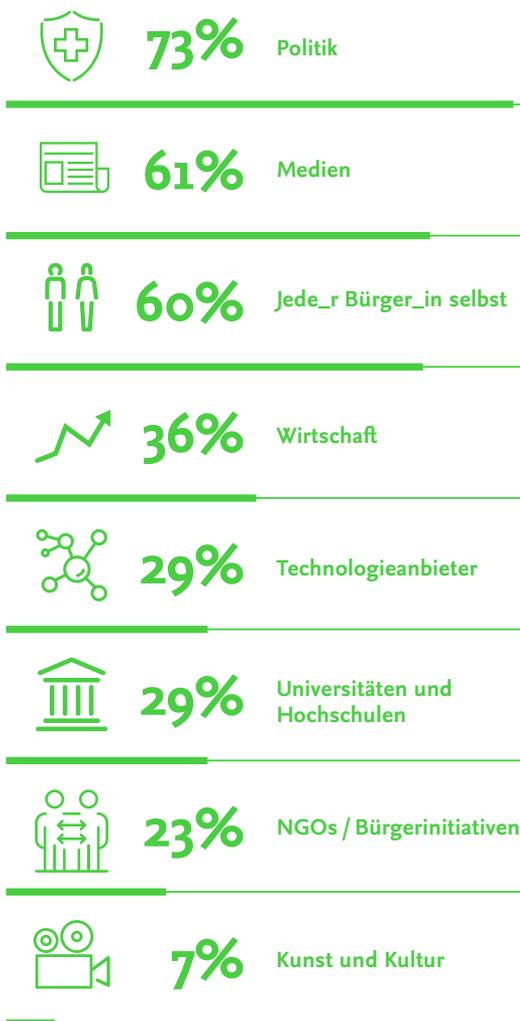
Handlungsbedarf





# Wer steht primär in der Verantwortung im Thema politische Meinungsbildung?

Die politische Meinungsbildung hat als Thema für Schweizer Wohnbevölkerung eine hohe Relevanz. 44 % der Befragten geben an, durch die Digitalisierung gleichermassen Chancen und Gefahren für die politische Meinungsbildung zu sehen. Unabhängig von der Chancen- und Gefahrenwahrnehmung wird Handlungsbedarf gesehen. Die Hälfte der Befragten sieht im Themenfeld einen hohen Handlungsbedarf, nur 12 % denken, dass nichts getan werden muss. Dies ist unter anderem wohl auf die zunehmende mediale Berichterstattung im Zusammenhang mit Vorfällen oder Verdachtsfällen im Ausland zurückzuführen, wo die politische Meinung stark digital beeinflusst wurde. Zudem war das Thema während der Wahlen im Herbst 2019 auch im Kontext Schweiz erstmals stark präsent. Das Funktionieren politischer Prozesse wie die Meinungsbildung ist eine zentrale Notwendigkeit. Dies denken die Befragten und sehen primär die Politik (73 %) in der Verantwortung. Aber auch sich selbst (60 %) sowie die Medien (61 %), was zum einen auf eine hohe empfundene Eigenverantwortung hinweist, zum anderen die wichtige Rolle der Medien in der politischen Meinungsbildung in der Schweiz aufzeigt.



# Relevante Absender zur politischen Meinungsbildung

Unter den 6 Themenfeldern ist bei der politischen Meinungsbildung das Partizipationsbedürfnis am grössten. 86 % der Befragten möchten in der einen oder anderen Art mitwirken. Der Grossteil gibt an, sich selbstständig informieren zu wollen (73 %), 56 % möchten mit Leuten im sozialen Umfeld diskutieren und 39 % ihr eigenes Verhalten anpassen, z. B. durch Nutzen von Faktencheck-Seiten.

Die wichtigste Informationsquelle bei der politischen Meinungsbildung sind die klassischen Medien: Zwei Drittel der Befragten (64 %) geben an, sich an klassischen Medien zu orientieren, um sich über politische Themen eine Meinung zu bilden. Aber auch die Politik (53 %) sowie das persönliche Umfeld (55 %) haben eine hohe Relevanz. Bei 18–34-Jährigen ist das persönliche Umfeld sogar wichtigste Informationsquelle. Das Informationsverhalten scheint sich also zu verändern. Es ist gut vorstellbar, dass das persönliche Umfeld zukünftig an Wichtigkeit gewinnen und die klassischen Medien als wichtigste Informationsquelle ablösen wird.

## Klassische Medien

64%

Gesamtstichprobe

54%

18–34-Jährige

## Persönliches Umfeld

55%

Gesamtstichprobe

61%

18–34-Jährige



# Nutzung einzelner Informationskanäle

Die am häufigsten genutzten Kanäle, um sich politisch zu informieren, sind Webseiten, z. B. von Parteien und Behörden (44%) und Gratis-Medienangebote (43%). Fast ein Fünftel nutzt zudem Facebook (18%), wie aus der Grafik rechts hervorgeht. Gleichzeitig vermuten die Befragten auf Social-Media-Kanälen ein häufiges Vorkommen von Fake News. Bei den öffentlich einsehbaren Plattformen (Facebook, Youtube, Instagram, Twitter) wird das Vorkommen signifikant höher eingestuft als bei Private-Messengern (Whatsapp, Telegram), obwohl diese nachweislich die grössten Verbreiter von Fake News sind. Zudem zeigt sich, trotz hoher Nutzung, eine ebenso grosse Skepsis gegenüber Gratis-Medienangeboten.



44%

Webseiten  
z. B. von Parteien  
oder Behörden



43%

Gratis Online-  
Medienangebote



32%

Apps mit offiziellen  
Abstimmungs-  
informationen



30%

Kostenpflichtige  
Online-Medienangebote



18%

Facebook



15%

Videoplattformen wie  
YouTube, Vimeo



11%

Messenger-Dienste wie  
WhatsApp, Telegram



10%

Instagram



8%

Twitter



2%

TikTok

# Eingeschätzter Anteil Fake News auf einzelnen Informationskanälen



0 nie | 1 selten, manchmal | 2 häufig | 3 sehr häufig

Im Umgang mit dem Thema wird bei einer Mehrheit der Befragten die Wichtigkeit der schulischen Aufklärung betont (57%). Aber auch die Stärkung von unabhängigen Medien wird gewünscht (57%). Zudem stoßen Fakten-Check-Seiten auf Interesse (44%).

Das persönliche Umfeld  
spielt bei der digitalen  
politischen Meinungsbildung  
eine grosse Rolle und  
nimmt an Bedeutung zu.

Wenn es um politische Fragestellungen geht, orientiert sich die Wohnbevölkerung in erster Linie (noch) an klassischen Medien. Jedoch kann sich das in Zukunft verschieben. Das persönliche Umfeld spielt bei der politischen Meinungsbildung eine grosse Rolle und scheint an Bedeutung zuzunehmen. Dies zeigt sich darin, dass es bei den 18–34-Jährigen der wichtigste Informationskanal ist. Diese Entwicklung ist vor allem auch im Kontext digitaler Medien und Fake News zu berücksichtigen. Denn Messenger-Dienste wie WhatsApp oder Telegram werden als Fake-News-Verbreiter unterschätzt, da Meinungsbildung sehr häufig über das direkte persönliche Umfeld geschieht. Hier müssen Menschen weiter sensibilisiert werden.

Weiter sind ein Grundstock an digitaler Medienkompetenz und ein gesundes Mass an kritischem Denken nötig, um in der digitalen Welt Informationen zielgerichtet zu finden, zu erfassen und Fake News zu erkennen. Dafür sollen Schul- und Weiterbildungen gefördert werden – mit verschiedensten Formaten. Ebenso gilt es, neue technologische Lösungsansätze wie den Einsatz künstlicher Intelligenz oder visuelle Kennzeichnungen mit z. B. Icons, die auf kritisches Hinterfragen aufmerksam machen, zu lancieren und so die Meinungsbildung zu unterstützen.

# 8\_5G

**Der neue 5G-Standard ermöglicht schnelleres und effizienteres mobiles Internet. Befürworter betonen die Notwendigkeit für das steigende Datenvolumen und für neue Anwendungen in Industrie, Mobilität und Sicherheit. Kritiker weisen auf mögliche Gefahren der Strahlung sowie den offenen Mehrnutzen für die Gesellschaft hin.**

Chancen

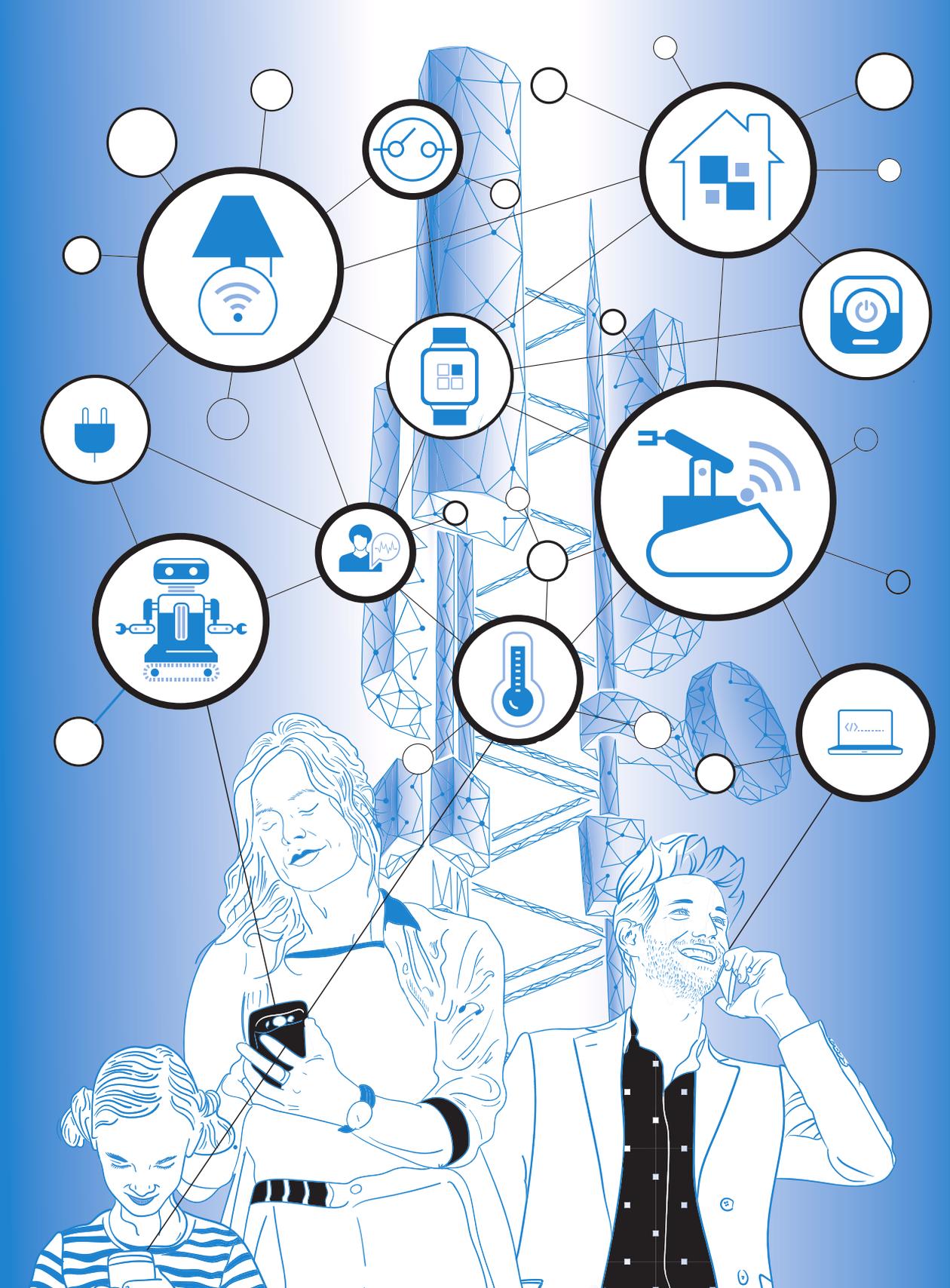


Gefahren

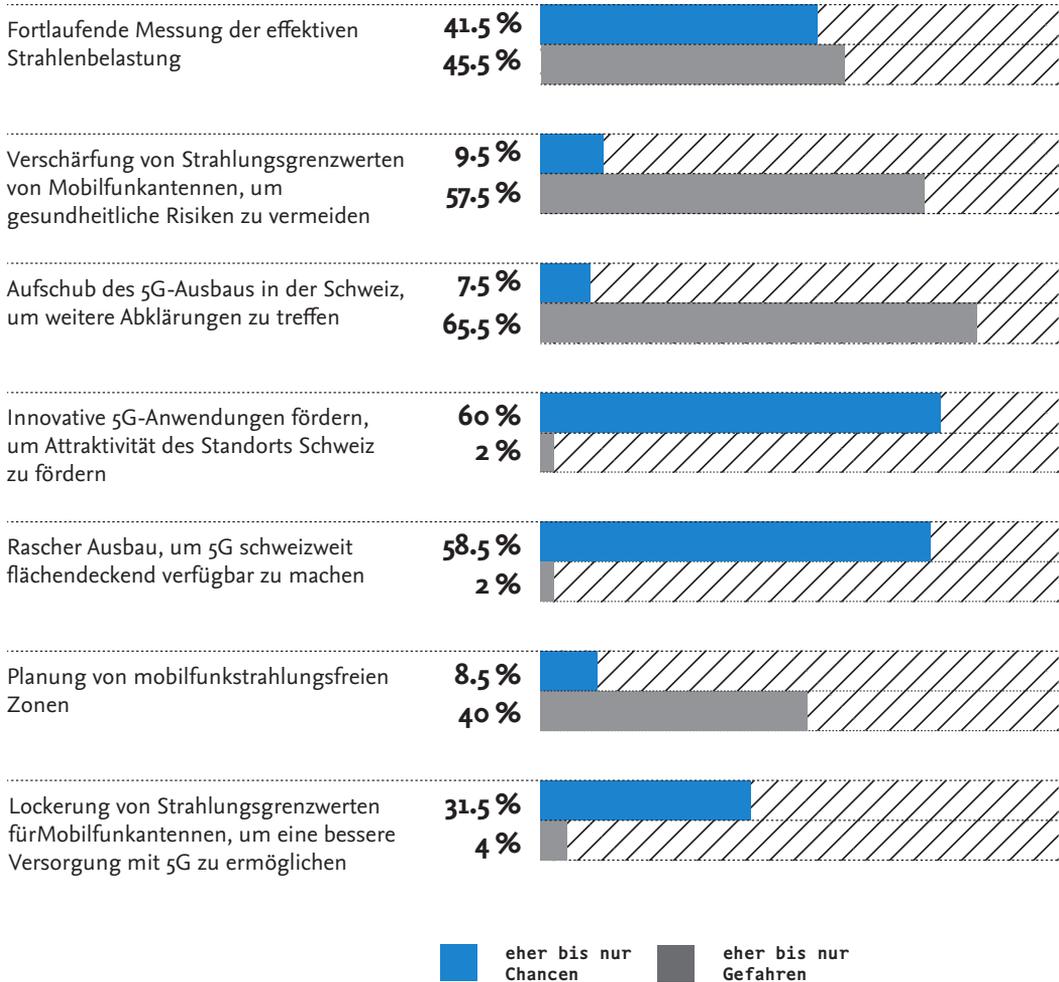


Handlungsbedarf





# Gewünschten Stossrichtungen abhängig von Chancen- / Gefahrenwahrnehmung



5G wird als nicht sehr relevantes Thema der Digitalisierung gesehen. Da es ein medial kontrovers diskutiertes Thema ist, fokussiert der diesjährige DigitalBarometer auf die Debatte. Es scheint eine gewisse Ratlosigkeit zu herrschen: Niemand weiss, wie die Diskussion um 5G sinnvoll weitergebracht werden kann – zumal sich auch nur ein kleiner Teil der Bevölkerung dafür interessiert und engagiert. Die Befragten glauben auch nicht, dass das Thema bald vom Tisch sein wird (9 %).

Unter denen, die das Thema als sehr relevant einschätzen, gibt es, wenig überraschend, zwei starke Lager: Die 5G-Befürworter\_innen, die sagen, die Debatte sei dominiert von Verschwörungstheoretiker\_innen (62 %) und dass zu wenig über den konkreten Mehrwert informiert werde (56 %). Die 5G-Gegner\_innen denken, die Debatte sei lobbygetrieben und wirtschaftsfreundlich (50 %).

Generell besteht ein Informationsbedürfnis: Unabhängig von der Chancen-/Gefahrenwahrnehmung befürwortet die Hälfte der Befragten eine fortlaufende Messung der effektiven Strahlenbelastung (48 %). Man möchte also ein klareres Bild von der Situation haben. Dies wohl, um bestehende Unsicherheiten zu reduzieren. Zwischen Gegner\_innen und Befürworter\_innen gehen die Meinungen aber stark auseinander, wie die Grafik links eindrücklich zeigt: Während die Gegner\_innen dafür sind, den 5G-Ausbau in der Schweiz aufzuschieben, um weitere Abklärungen zu treffen, die Strahlungsgrenzwerte von Mobilfunkantennen zu verschärfen, um gesundheitliche Risiken zu vermeiden sowie mobilfunkfreie Zonen zu planen, verlangen die Befürworter\_innen die Förderung innovativer 5G-Anwendungen, um die Attraktivität des Standorts Schweiz zu fördern, einen raschen Ausbau, um 5G schweizweit flächendeckend verfügbar zu machen, sowie eine Lockerung der Strahlungsgrenzwerte für Mobilfunkantennen, um eine bessere Versorgung mit 5G zu ermöglichen. Wer gleichermassen Chancen und Gefahren sieht, tendiert eher zu einem vorsichtigen Vorgehen. Es besteht ein Grundkonflikt von Schutz vs. Fortschritt, der die Debatte dominiert.

# Durch wen sollen zukünftig Entscheidungen im Bereich 5G getroffen werden?

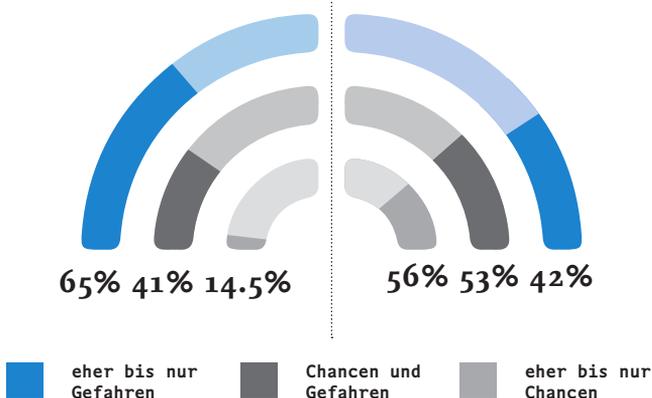
Das Risikobewusstsein der Bevölkerung zeigt sich insbesondere darin, dass die Hälfte der Befragten gesundheitliche Risiken in Verbindung mit 5G für möglich hält. 72 % denken, es sei zumindest möglich, dass es sie gibt. 24 % davon sind sich sicher. Ein gleich grosser Teil glaubt nicht an gesundheitliche Risiken (23 %). Dabei zeigt sich auch hier, dass zwei stark gegensätzliche Meinungslager existieren: Die 5G-Gegner\_innen geben fast ausschliesslich an zu glauben, dass gesundheitliche Risiken zumindest möglich seien. Bei den 5G-Befürworter\_innen sind es deutlich weniger (43,5 %).

Rund die Hälfte (51 %) der Befragten ist der Meinung, dass Expert\_innen über das weitere Vorgehen entscheiden sollen. Dabei bleibt offen, ob damit Expert\_innen aus Forschung, Wirtschaft, Behörden oder NGOs gemeint sind. Weiter wird eine Regelung durch eine nationale Gesetzgebung bevorzugt (41 %). Kaum gewünscht sind kantonale Regelungen (15 %). Wie die Grafik unten zeigt, ist das Bedürfnis nach Volksentscheidungen bei den Personen, die Gefahren mit 5G assoziieren, deutlich höher (65 %) als bei Personen, die Chancen damit assoziieren (14,5 %). Bei den Expert\_innen ist es genau umgekehrt: Die Zustimmung ist bei den Personen höher, die Chancen mit 5G assoziieren (56 %).

Für einmal zeigen sich Unterschiede zwischen den Sprachregionen: Die Westschweiz sieht klar mehr Gefahren (45 %) im Thema 5G als die Deutschschweiz (28 %) und das Tessin (21 %).

## Durch Volksentscheidungen bspw. durch eine Initiative

## Durch Expert\_innen



Auch wenn die Debatte um 5G eine hohe mediale Attraktivität besitzt, hat es insgesamt für die Bevölkerung eine geringe Relevanz. Nur ein kleiner Teil ist fürs Thema 5G engagiert und dabei polarisiert – für Chancen oder aus gesundheitlicher Gefahrensicht. Wie die Windmühlen bei Don Quijote steht 5G für Kritiker als Symbol für technologischen Fortschritt und manifestiert diesen auf eine sehr handfeste Art und Weise, beispielsweise im Bau von Antennen. Dabei zeigen sich allgemeine gesellschaftliche Phänomene wie Skepsis oder Misstrauen gegenüber Behörden und Wissenschaft. All dies lässt die Befragten wohl zu Recht zum Schluss kommen, dass die Debatte noch länger anhalten wird.

Hinzu kommt, dass im Thema ein Grundkonflikt zwischen Schutz/Vorsorge und Fortschritt steckt. Dies betrifft insbesondere die Behörden, die beide Aspekte abzuwägen haben. Sie sind weiter gefordert, diesen Konflikt nicht als Widerspruch, sondern als aktiven Abwägungsprozess darzustellen. Dazu helfen alle Arten von Information, die ein genaueres faktenbasiertes Bild für die Bevölkerung ermöglichen. Das zeigt sich in den gemeinsamen Forderungen nach mehr Forschung und permanentem Monitoring – von Seiten der Kritiker und Befürwortenden.

Weiter ist es wichtig, sich in der Kommunikation und im Dialog auch oder vor allem an den nicht polarisierten Teil der Bevölkerung zu richten. Sie sind bei ihrer Meinungsbildung zu unterstützen – beispielsweise durch die transparente Darstellung von Argumenten und Bewertungen aus unterschiedlichen Perspektiven. Inhaltlich könnte sich die Debatte auch mehr um andere Aspekte von 5G, wie Technologieabhängigkeit vom Ausland, drehen.

# 9\_E-ID

**Die E-ID steht für eine staatlich anerkannte digitale Identifizierung. Sie ermöglicht die Weiterentwicklung von virtuellen Behördenschaltern und Online-Geschäften. Kritisiert wird, dass der Datenschutz durch die zentrale Speicherung oder den geplanten Betrieb durch die Privatwirtschaft gefährdet sein könnte.**

Chancen



Gefahren



Handlungsbedarf





E-ID

Nussinger

Maria

31.04.1965

EID4653897

# Wer steht primär in der Verantwortung im Thema E-ID?

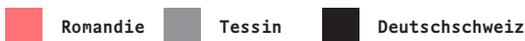
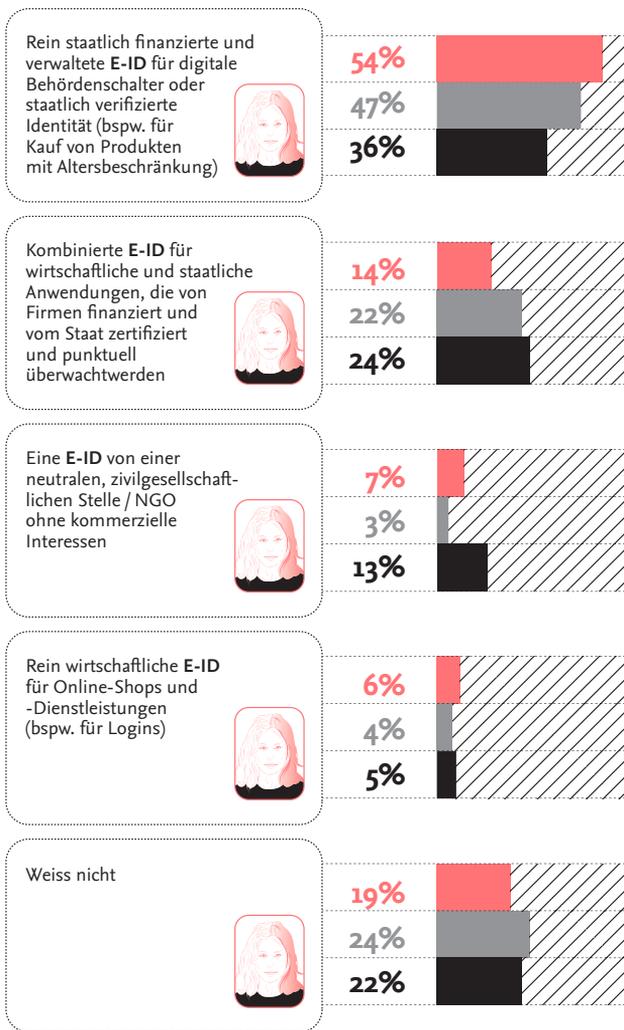
Das Thema E-ID hat trotz hoher Aktualität für die Wohnbevölkerung der Schweiz eine eher geringe Relevanz, was darauf hindeutet, dass es noch ein Insider-Thema ist. Trotzdem sehen 41 % einen hohen Handlungsbedarf. Gerade einmal 16 % geben an, dass im Thema E-ID kein Handlungsbedarf bestehe. Es ist definitiv ein Thema, bei dem grundlegende Weichen gestellt werden müssen.

Als wichtige Akteure werden die Behörden (69 %) und die Politik (64 %) genannt, gefolgt von Technologieanbietern (45 %) und der Bevölkerung selbst (42 %). Wie die Grafik rechts zeigt, wird die Wirtschaft nur von 31 % der Befragten als wichtiger Akteur genannt. Dies, obwohl die E-ID stark von Seiten der Wirtschaft gefördert wird.



# Bevorzugte E-ID Variante – abhängig von der Sprachregion

Eine grundlegende Frage, die sich für die Bevölkerung im Thema E-ID stellt, ist, welche Variante gewünscht wird. 43 % der Befragten geben an, eine «rein staatlich finanzierte und verwaltete E-ID für digitale Behördenschalter oder als staatlich verifizierte Identität» zu bevorzugen. Es ist damit das akzeptierteste Modell, unabhängig von der Chancen- und Gefahrenwahrnehmung. Dabei spricht sich vor allem die Westschweiz für eine rein staatliche E-ID aus, wie der Vergleich zwischen den Sprachregionen in der Grafik rechts zeigt. Ganze 20 % geben an, keine abschliessende Meinung zu haben. Als Herausgeber der E-ID wird der Staat mit 63 % klar am häufigsten genannt. An zweiter Stelle sind «staatsnahe Unternehmen (wie Post, SBB, Swisscom)» mit gerade mal 14 %. Mit zunehmender Chancenwahrnehmung steigt das Vertrauen in staatsnahe Unternehmen.



Innerhalb der Digitalisierung  
geht es bei der E-ID  
um eine klassisch politische  
Entscheidung:  
Wer übernimmt welche Rolle?

Vordergründig geht es beim Thema E-ID um Staat vs. Wirtschaft. Geht es um eine Kernaufgabe wie das Ausstellen eines Passes? Oder geht es um die Kompetenzzuschreibung für die technologische Umsetzung der E-ID und den Umgang mit Daten? Die Wohnbevölkerung der Schweiz befürwortet jedenfalls die Variante einer staatlich herausgegebenen E-ID am meisten und sieht dabei primär die Behörden in der Verantwortung. Dies kann als Wunsch gedeutet werden, dass sich der Staat der Digitalisierung stärker annimmt, und/oder: es seien operative Kompetenzen auch im Hinblick auf zukünftige Anwendungen aufzubauen. Letztlich handelt es sich um eine klassische Frage, welche die etablierte Politik klären muss. Es braucht eine politische Abstimmung. Dass ein Fünftel der Befragten noch keine abschliessende Meinung dazu hat, welche Variante sie bevorzugen, zeigt auch, dass Informationsbedarf besteht. Insbesondere mit Blick auf die bevorstehenden Volksabstimmungen.

# 10\_Smart City

Die intelligente Stadt zeichnet sich durch eine zunehmende digitale Vernetzung von Infrastrukturen, Dienstleistungen und Menschen aus. Dies ermöglicht es, Güter und Dienstleistungen zu teilen. Die Hoffnung besteht, dadurch effizienter und nachhaltiger zu werden. Gleichzeitig nehmen Bedenken im Zusammenhang mit Privatsphäre oder Cyber-Attacken zu.

Chancen



Gefahren

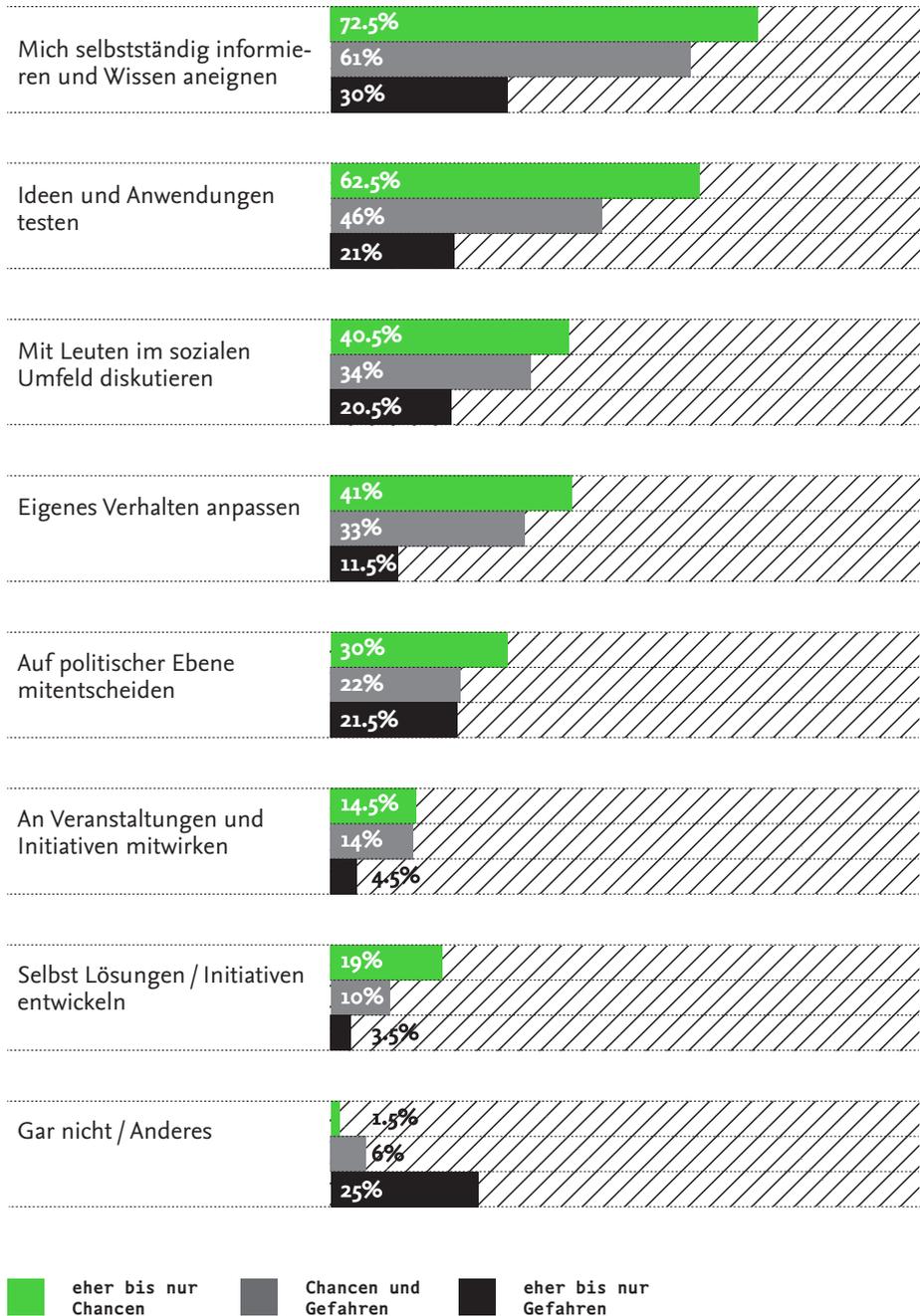


Handlungsbedarf





# Gewünschte Form der individuellen Auseinandersetzung nach Chancen- und Gefahrenwahrnehmung



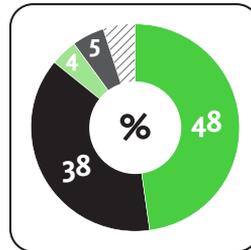
Das Thema Smart City hat für die Wohnbevölkerung der Schweiz die niedrigste Relevanz der 6 untersuchten Themen, und auch Handlungsbedarf wird wenig gesehen. Dies hat sicher auch damit zu tun, dass gerade einmal 10 % der Befragten glaubt, dass durch die Smart City ihr Leben stark verändert wird. Etwa die Hälfte fühlt sich wenig bis überhaupt nicht betroffen (49 %).

Als wichtigste Akteurin sehen die Befragten die Politik (70 %). Aber auch sich selbst (56 %) und den Behörden (54 %) schreiben sie eine gewisse Verantwortung zu, gefolgt von der Wirtschaft (48 %) und den Technologieanbietern (45 %). Dies spricht dafür, dass Smart City in der Wahrnehmung kein primär technologisches Thema ist, sondern ein gesellschaftlich-politisches. Ein Befund, der sich auch darin bestätigt, dass das Partizipationsbedürfnis in der Bevölkerung hoch ist. Wie bereits im DigitalBarometer2019 zeigt sich, dass vor allem die Personen partizipieren möchten, die in Smart Cities Chancen sehen. Wer damit Gefahren assoziiert, scheint keine Notwendigkeit darin zu sehen, aktiv zu werden.

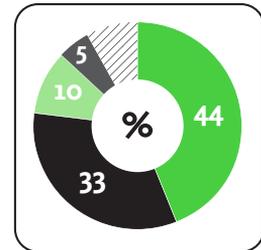
Aus dem DigitalBarometer2019 geht hervor, dass sich die Befragten nicht einig sind, was eine Smart City ausmacht. Dies ist wohl der Tatsache geschuldet, dass eine Smart City ein Sammelbegriff für verschiedene Entwicklungen ist, um Städte effizienter, technologisch fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver zu gestalten. Auch aus der diesjährigen Befragung geht hervor, dass ein Mix aus unterschiedlichen Massnahmen gewünscht ist: Zum einen braucht es nach Meinung der Befragten eine Stärkung der Interessensvertretung der Bevölkerung (43 %). Zum anderen finden Online-Portale und Workshops Anklang, die eine direkte Kommunikation zu Behörden und Gemeinden ermöglichen – um gemeinsam Chancen und Probleme zu diskutieren und Lösungen zu entwickeln (37 %) – sowie digitale Anzeigen, die ersichtlich machen, wie viel CO<sub>2</sub> durch bestimmte Technologien, wie durch Sensoren bei der Strassenbeleuchtung, eingespart wird (37 %).

# Nutzung von Smart-City-Applikationen

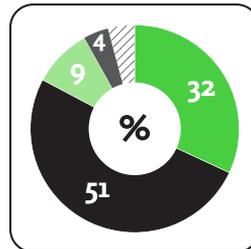
In der Nutzung von Smart-City-Anwendungen ist die Bevölkerung noch eher zurückhaltend. Wie die Grafik rechts zeigt, ist der Anteil der Personen, die eine Anwendung häufig nutzt, über alle Optionen hinweg sehr klein. Die Mehrheit der Befragten kann sich vorstellen «Smart-Meter-Apps», «Apps für direkten Austausch mit Behörden» sowie «Apps zur Parkplatzsuche und -bezahlung» zu nutzen. Bei den restlichen Anwendungen besteht hingegen bei den meisten kein Interesse.



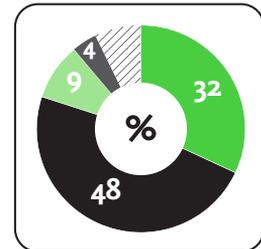
App für den Austausch mit der Nachbarschaft



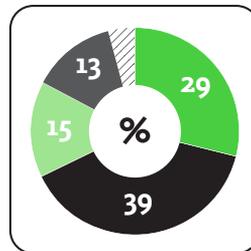
Smart-Home-Assistenten



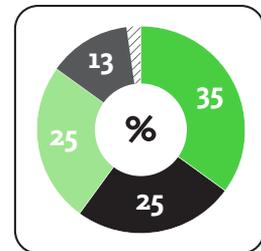
Smart-Meter-Apps



App für den direkten Austausch mit Behörden



Parkplatz-App



Sharing-Economy-Dienste

- Nein, kein Interesse.
- Nein, ich könnte mir aber vorstellen so etwas zu nutzen.
- Ja, habe ich ausprobiert, nutze es aber kaum.
- Ja, nutze ich häufig.

Smart City scheint (noch) kein besonders brennendes Thema in der Schweiz zu sein, jedoch eines mit viel Potenzial für Partizipation. Die Smart City ist der ideale Ort, um neue Ideen zu testen und so Chancen proaktiv zu nutzen. Es besteht kein dringender Handlungsbedarf; die Bereitschaft der Bevölkerung, Smart Cities mitzugestalten, ist jedoch hoch. Auch können in der Smart City Partizipationsmöglichkeiten der Bewohner\_innen optimiert werden. Insbesondere neue Arten der Beteiligung oder die direkte Kommunikation zu Behörden und Gemeinden stossen auf grosses Interesse. Dieses Bedürfnis muss nun von Behörden und Politik aufgenommen werden. Alles in allem scheint auch eine Klärung nötig, was unter dem Konzept der Smart City verstanden wird. Es besteht keine Einigkeit darüber, was konkret mit einer Smart City verbessert werden soll und wo die Bedürfnisse liegen. Dies ist wohl der Tatsache geschuldet, dass eine Smart City ein Sammelbegriff für verschiedene Entwicklungen ist, um Städte effizienter, technologisch fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver zu gestalten. Eine Tatsache, die sich bereits im DigitalBarometer2019 innerhalb der qualitativen Vertiefung abzeichnete. Es ist daher wichtig, die verschiedenen Facetten einer Smart City einzeln und spezifisch zu diskutieren.

# 11\_Fazit

**Die Digitalisierung ist im Alltag angekommen. Zuletzt zeigte die Corona-Pandemie, wie fundamental die Digitalisierung für die Bildungs- und Arbeitswelt ist, aber auch für das persönliche und soziale Leben. Dabei gilt es, nicht einfach Analoges in Digitales umzuwandeln, sondern kreativen Mehrwert im Zusammenspiel zu entwickeln.**



Das Digitale ist neben dem Analogen Teil unserer heutigen Daseinswelt geworden. Die hohe Komplexität und Geschwindigkeit macht es jedoch schwierig, den Durchblick zu behalten. Trotzdem herrscht insgesamt ein positives und differenziertes Bild in der Gesellschaft, wie der Mobiliar DigitalBarometer zeigt. Dazu gehört auch ein Bewusstsein mit einer realistischen Chancen- und Risikoeinschätzung. Einzelbeispiele wie die unterschätzte Bedeutung von Messenger-Diensten für die politische Meinungsbildung bestätigen als Ausnahme die Regel. Berechtigte Forderungen nach mehr Forschung zur Zukunft der Arbeit oder einer verbesserten Information zu 5G stehen im Raum. Klar ist auch allen, dass es Kompetenzen im Umgang mit Digitalem braucht – sei es für die künftige Arbeitswelt oder bei der Beurteilung von Information (Digital Literacy). Mehr Sensibilisierung ist hingegen nicht der Weg, sondern es braucht konkrete Tools, um Selbstbestimmung und Eigenverantwortung im digitalen Raum zu leben.

Die Debatte um die Digitalisierung hat sich verschoben und wird sich weiter verschieben, weg von einem wirtschafts- und konsumentengetriebenen Thema hin zu einem politischen Thema. Dies sieht man vor allem in der Auseinandersetzung zum Umgang mit Daten, aber auch in der Diskussion um Infrastrukturen. Denn so viel ist klar: Digitalisierung betrifft alle – wenn auch in unterschiedlicher Weise. Wir als Gesellschaft müssen daher Entscheidungen treffen. Beispielsweise wie Schutzansprüche und Fortschritt abgewogen werden sollen oder welche Aufgaben der Staat innehat. Dabei zeigen erst konkrete Anwendungen wie die E-ID oder bei der politischen Meinungsbildung, was die Implikationen beispielsweise im Umgang mit Daten, bei Effekten der künstlichen Intelligenz oder Wirkungen im Arbeitsmarkt sind. Auf einer solchen konkreten Ebene lässt sich die Bevölkerung auch sinnvoll einbinden. Denn wie der DigitalBarometer2020/21 zeigt, ist das Partizipationsbedürfnis in der Bevölkerung hoch.

Die Bevölkerung schreibt der Schweiz dank gutem Bildungssystem, innovativer Forschung und fortschrittlicher technischer Infrastruktur eine gute Ausgangslage für eine erfolgreiche digitale Zukunft zu. Selbstkritisch wird jedoch gefragt, ob die eigenen kulturelle Werte im Widerspruch zur schnellen Digitalisierung stehen. So ist man in der Schweiz eher zurückhaltend, wenn es darum geht, Neues zu probieren. Insbesondere, wenn dieses Neue mit Risiken und Unsicherheiten zusammenhängt. Ein Grund dafür kann sein, dass

der Leidensdruck in der Schweiz nicht genügend gross ist, um immer wieder neue Lösungen zu testen.

Der strukturelle Aufbau des politischen Systems in der Schweiz führt zudem dazu, dass Entscheidungen viel Zeit und Abstimmung in Anspruch nehmen und der Politbetrieb mit der hohen Geschwindigkeit der Digitalisierung nicht immer mithalten kann. Gleichzeitig ist gut vorstellbar, dass eine sorgfältige Technologie-Folgeabschätzung und -Einführung zukünftig an Wichtigkeit gewinnen wird. Niemand profitiert letztlich von Debatten wie derjenigen um das Thema 5G. Hier kann sich der «Schweizer Weg» im Sinne einer abgestimmten und sorgfältigen Einführung neuer Technologien als geeigneter herausstellen. Zentrale Elemente sind dabei der Einbezug der Bevölkerung und Partizipation. Erste solche Ansätze zeigte die SwissCovid-App: Forschung, Staat und Wirtschaft haben bei der Entwicklung in einem international einmaligen Prozess zusammengearbeitet und die Rahmenbedingungen wurden parlamentarisch ausgehandelt. In Zukunft geht es darum, Zivilgesellschaft und Bevölkerung noch stärker einzubinden.

Für einige Fragen der Digitalisierung ist der Raum der Schweiz zu klein. Ein gemeinsames Vorgehen mit Verbündeten macht gerade in einem globalen Thema Sinn. So könnte man sich gegenüber der ökonomisch-geprägten Datenpolitik der USA und der staatlich-geprägten Datenpolitik von China mit einem verantwortungsvollen Umgang mit Daten positionieren. Europa kann zukünftig zum Vorzeigeraum im Umgang mit Daten werden und die Schweiz Teil davon sein.

Neben der Digitalisierung gibt es weiterhin andere Themen, die die Gesellschaft ebenso beschäftigen: Altersvorsorge, Arbeitslosigkeit, Persönliche Sicherheit, Migration sowie Umweltschutz und Klimawandel werden von der Schweizer Bevölkerung als ebenso relevant betrachtet. Ebenfalls stehen Risiken wie beispielsweise Naturgefahren oder Terrorismus weiterhin im Raum. Gut vorstellbar, dass die Digitalisierungsdebatte zukünftig infolge anderer Themen etwas in den Hintergrund rückt – auch da vieles bereits normaler Alltag geworden ist. Spannend ist es hier zu betrachten, wie Themen wie Klima- und Umweltschutz mit der Digitalisierung zusammenwachsen. So kann die Digitalisierung für viele Probleme Teil der Lösung sein, wie es sich beispielsweise in den Bemühungen von Smart Cities zeigt, ökologischer zu werden. Gleichzeitig kann die Digitalisierung auch eine Herausforderung

sein, wenn man beispielsweise die ökologischen Auswirkungen und Diskussionen um Sicherheit und Abhängigkeiten verfolgt.

Die Dynamik und Komplexität der Digitalisierung sind eine Herausforderung dabei, eine gemeinsame klare Linie zu finden, welche auch die Bevölkerung mitnimmt. Letztlich geht es um die Fragen: Was ist die gemeinsame politisch getragene Vision der digitalen Welt 2030, und welche Rolle spielt die Schweiz darin?



